Stadtverwaltung Bad Kreuznach **Mitteilungsvorlage**

[X] öffentlich [ ] nichtöffentlich

Amt/Aktenzeichen	Datum	Drucksache Nr. (ggf. Nachträge)
Amt für Kinder und Jugend	20.03.2017	17/
Beratungsfolge		Sitzungstermin
Jugendhilfeausschuss		05.04.2017

Betreff

Vorstellung eines Arbeitsgebietes:
Leistungsspektrum der Erziehungs- und Familienberatungsstelle **TOP 2**

Inhalt der Mitteilung

Die Erziehungs- und Familienberatungsstelle der Stadt und des Kreises Bad Kreuznach arbeitet auf der Grundlage des §28, SGB VIII:

„Erziehungsberatungsstellen……sollen Kinder, Jugendliche, Eltern und andere Erziehungsberechtigte bei der Klärung und Bewältigung individueller und familienbezogener Probleme und der zugrunde liegenden Faktoren, bei der Lösung von Erziehungsfragen sowie bei Trennung und Scheidung unterstützen. Dabei sollen Fachkräfte verschiedener Fachrichtungen zusammenwirken, die mit unterschiedlichen methodischen Ansätzen vertraut sind."
Sie ist somit ein wesentlicher Bestandteil der Hilfen zur Erziehung.

Die Beratung erfolgt vertraulich, ist kostenfrei und zugänglich für jeden, unabhängig von Weltanschauung, Religion oder Nationalität.

Die Mitarbeiterinnen Frau Maas und Frau Maikath werden die einzelnen Aufgabenbereiche in der Sitzung vorstellen.

Stadtverwaltung Bad Kreuznach

Beschlussvorlage

[X] öffentlich [ ] nichtöffentlich

Amt/Aktenzeichen	Datum	Drucksache Nr. (ggf. Nachträge)
Amt für Kinder und Jugend	22.03.2017	17/

Beratungsfolge	Sitzungstermin
Jugendhilfeausschuss	05.04.2017

Betreff

Erweiterung städt. Hessel-Kindertagesstätte TOP 3

Beschlussvorschlag

Der Jugendhilfeausschuss beauftragt die Verwaltung mit der ev. Matthäus-Kirchengemeinde über die Erweiterung der Kindertagesstätte zu verhandeln und den Mietvertrag langfristig abzuschließen.

Beratung/Beratungsergebnis

Gremium	Sitzung am	TOP
Jugendhilfeausschuss	05.04.2017	3

Beratung

Beratungsergebnis

[ ] Einstimmig	[ ] Mit Stimmenmehrheit	Ja	Nein	Enthaltung	[ ] Laut Beschlussvorschlag	[ ] Abweichender Beschluss (Rückseite)

Beschlussausfertigungen an:

51-4 Frau Reschke, Frau Gei-Weyand, Abt. 65 - Herr Wachner

Problembeschreibung/Begründung

Seit dem 01.08.2015 ist die Hessel-Kita in Bad Münster in städtischer Trägerschaft. Die Kita wird seither – wie auch in der Zeit davor – als zweigruppige Einrichtung mit 30 Kindern im Alter von 1 bis 6 Jahren geführt. Die Räumlichkeiten als auch das Außengelände entsprachen bei der Übernahme nicht den Anforderungen einer zweigruppigen Einrichtung mit einem Anteil von bis zu 14 Kindern im Alter von 1 bis 3 Jahren. Insbesondere wurde der fehlende Nebenraum für die Jüngsten bemängelt als auch der nicht vorhandene Personalraum. Letzteres konnte nur unbefriedigend gelöst werden durch Anmietung eines Raumes in der benachbarten Kirche. Dieser Raum war jedoch durch die abgetrennte Situation nur bedingt nutzbar. Ebenso war es schwer, den Raum in den kalten Monaten zu beheizen.

Das ev. Verwaltungsamt hat uns im Oktober 2016 informiert, dass die an die Kita angrenzende Wohnung mit ca. 65 qm² frei wird und dass es ein Interesse der Kirchengemeinde gibt, uns als Träger der Kita die Räume zusätzlich zu vermieten. Eine Prüfung durch unser Bauamt und eine erste Vorplanung verdeutlicht die Sinnhaftigkeit der Erweiterung. Durch einen Durchbruch kann an den jetzigen U-3 Bereich der fehlende Nebenraum eingerichtet werden. Ebenso kann im hinteren Bereich der ehemaligen Wohnung ein Personalbereich mit kleiner Teeküche und WC umgesetzt werden. Im Außenbereich wäre ebenso eine Erweiterung möglich, sodass insbesondere den Jüngsten eine Rasenfläche mit Spielmöglichkeiten angeboten werden kann.

Das Fachamt begrüßt die Entwicklungen sehr, da in den letzten 20 Monaten eine sehr wertvolle Arbeit entstanden ist und der Standort für den Stadtteil günstig ist. Darüber hinaus gibt es trotz intensiver Suche keine Alternativen.

Der Bau ist vor zig Jahren als Kita konzipiert worden und kann nun durch die Baumaßnahme eine Erweiterung bekommen, die die zukünftige Nutzung dringlich benötigt. Die Kosten für die Baumaßnahme sollen aus dem Betreuungsgeld heraus gedeckt werden, sodass der städtische Haushalt keine zusätzliche Belastung erfährt.

Mit einem positiven Beschluss wäre dem Anliegen der Kirchengemeinde Sorge getragen, langfristig die Kitaräume zu vermieten als auch dem Anliegen des Fachamtes, dauerhaft 30 Plätze im Stadtteil Bad Münster zur Verfügung zu haben.

Sichtvermerke der Dezernenten:	Sichtvermerk des Oberbürgermeisters:	Sichtvermerke: Rechtsamt: Kämmereiamt:

Stadtverwaltung Bad Kreuznach **Mitteilungsvorlage**

[X] öffentlich [ ] nichtöffentlich

Amt/Aktenzeichen	Datum	Drucksache Nr. (ggf. Nachträge)
Amt für Kinder und Jugend	24.03.2017	17/443

Beratungsfolge	Sitzungstermin
Jugendhilfeausschuss	13.11.2013
Jugendhilfeausschuss	05.04.2017
Stadtrat	27.04.2017

Betreff

Innenstadt-Kita Jungstraße **TOP 4**

Inhalt der Mitteilung

Frau Dr. Kaster-Meurer informiert über die aktuellen Entwicklungen zur Innenstadt-Kita in der Jungstraße. Weitere Erläuterungen erfolgen mündlich.

Stadtverwaltung Bad Kreuznach **Mitteilungsvorlage**

[X] öffentlich [ ] nichtöffentlich

Amt/Aktenzeichen	Datum	Drucksache Nr. (ggf. Nachträge)
Amt für Kinder und Jugend / 51-4	20.03.2017	17/
Beratungsfolge		Sitzungstermin
Jugendhilfeausschuss		05.04.2017

TOP 5

Betreff:

Beratungsergebnis des Stadtrates zur Beteiligung an den Bauunterhaltungskosten von Kindertagesstätten Freier Träger

Inhalt der Mitteilung:

Der Jugendhilfeausschuss hat in seiner Sitzung am 23.11.2016 eine Förderrichtlinie zur Beteiligung an den Bauunterhaltungskosten der Freien Träger beschlossen und beim Stadtrat beantragt ebenso zu verfahren.

In der Sitzung des Stadtrates vom 26.01.2017 wurde der Antrag mehrheitlich abgelehnt und stattdessen eine Prüfung im Einzelfall beschlossen.

Aufgrund des mehrheitlichen Beschlusses des Stadtrates wird zukünftig eine mögliche Beteiligung an den Bauunterhaltungskosten von Kindertagesstätten Freier Träger im Einzelfall geprüft, wenn

a) dies zur Deckung des Rechtsanspruches auf einen Kitaplatz erforderlich ist,
b) die erforderlichen Mittel im Haushalt eingestellt sind,
c) die Sanierungsmaßnahmen eine weitere bedarfsgerechte Nutzung der Einrichtung sichert (wird durch den Fachbereich Planen und Bauen festgestellt).

Eine mögliche Kostenbeteiligung an Bauunterhaltungsmaßnahmen kann damit ab dem Haushaltsjahr 2018 beantragt werden.

Die Abwicklung erfolgt anhand des beiliegenden Merkblattes.

Anlage

MERKBLATT

Zur Beantragung einer Bau- und Sanierungsmaßnahme in einer Kindertagestätte bei der Stadt Bad Kreuznach

Voraussetzung:

Mit der Ausführung der Baumaßnahme darf erst begonnen werden, wenn die Finanzierung gesichert ist. Der Träger baut immer auf eigenes Risiko.

Antragsverfahren

1. Anträge auf Gewährung von Zuschüssen sind spätestens zum 30.04. eines jeden Jahres vorzulegen, wenn die Maßnahme im darauffolgenden Haushaltsjahr bezuschusst werden soll.

2. Die Anträgen sind jeweils in doppelter Ausfertigung beizufügen:

   2.1 Formloser schriftlicher Antrag

   2.2 Baupläne (Grundrisse sämtlicher Geschosse, Gebäudeschnitte und Ansichtszeichnungen),

   2.3 Amtliche Lagepläne mit Eigentumsvermerk

   2.4 Nutzflächenberechnung,

   2.5 Kostenanschlag nach DIN 276, wobei die Titel 2.2 - 2.5 aufzugliedern sind.

   2.6 Ausführliche Baubeschreibungen (Erläuterungsbericht)

   2.7 Berechnung des umbauten Raumes nach DIN 277

   2.8 Verbindlicher Finanzierungsplan

3. Der Antrag wird nach der Prüfung durch die Verwaltung dem Stadtrat vorgelegt und entsprechend des Beschlusses wird ein Bescheid ergehen.

4. Die Auszahlung der bewilligten Zuschüsse erfolgt zu 100 % nach Führung und Einreichung des Verwendungsnachweises.

5. Die Zuschussempfänger haben die ordnungsgemäße Verwendung der Mittel innerhalb von 6 Monaten nach Abschluss der Baumaßnahme nachzuweisen. Gemäß §19 Absatz 2 Gemeindehaushaltsverordnung (GemHVO), jedoch spätestens 2 Jahr nach Schluss des Haushaltsjahres, in dem die Maßnahme in Betrieb genommen werden konnte. Mit dem Verwendungsnachweis sind alle bei der Baumaßnahme entstandenen Einnahmen und Ausgaben durch Vorlage prüfungsfähiger Belege nachzuweisen.

Zuwendungsfähige Maßnahmen:

- Sanierung an Mauerwerk-, beton-, Stahlbeton-, Holz- und Stahlkonstruktionen
- Dachdeckungs- und Dachabdichtungsarbeiten einschließlich der dazugehörigen Klempnerarbeiten
- Sanierung der Außen- und Innenputzflächen
- Umbau von Nasszellen (Fliesen- und Sanitärarbeiten)
- Bodenbelagsarbeiten im Zusammenhang mit der Erneuerung der Estrichflächen
- Austausch der Fenster- und Außentüren (nur zum Zwecke der Energieeinsparung)
- Erneuerung der heizungs- und lüftungstechnischen Anlagen

Es sind nur die Sanierungskosten, ohne die Kosten für Planung und Bauleitung, zuwendungsfähig. Sanierungen sind als Gesamtmaßnahe durchzuführen.

Nicht zuwendungsfähige Kosten:

Nicht zuwendungsfähig sind Finanzierungskosten und die laufenden Kosten der Erhaltung, Unterhaltung und Instandsetzung des Kindergartengebäudes und des Außengeländes, z.B. für Malerarbeiten und sonstige Schönheitsreparaturen, das Ersetzen einzelner Fenster, Türen und Sanitäreinrichtungen, eines Fußbodenbelages und Reparaturen von Möbeln und Spielgeräten, u.s.w., soweit diese Arbeiten nicht im Zusammenhang mit einer Baumaßnahme stehen. Die vorstehend genannten Kosten gehören zu den laufenden Sachkosten im Sinne des § 14 Kindertagesstättengesetzes RLP und können nicht nach dieser Richtlinie bezuschusst werden.

Gleiches gilt für Ergänzungen der Einrichtung und für Ersatzbeschaffungen (einschließlich Spielmaterial)

Stadtverwaltung Bad Kreuznach **Beschlussvorlage**

[X] öffentlich [ ] nichtöffentlich

Amt/Aktenzeichen	Datum	Drucksache Nr. (ggf. Nachträge)
Amt für Kinder und Jugend	22.03.2017	17/379

Beratungsfolge	Sitzungstermin
Jugendhilfeausschuss	05.04.2017
Stadtrat	27.04.2017

Betreff

Zweckvereinbarung zur Durchführung der Clearingphase für UMAs **TOP 6**

Beschlussvorschlag

Der Jugendhilfeausschuss beschließt und beantragt beim Stadtrat die von der ADD überarbeitete Zweckvereinbarung mit dem Landkreis Mainz-Bingen zur Durchführung der im eigenen Zuständigkeitsbereich anfallenden Aufgaben nach § 42a SGB VIII und § 42 SGB VIII bezogen auf den Personenkreis der unbegleiteten minderjährigen Ausländer zu übertragen. Weitere Partner der Zweckvereinbarung sind der Landkreis Bad Kreuznach, die Stadt Worms und der Landkreis Alzey-Worms.

Beratung/Beratungsergebnis

Gremium	Sitzung am	TOP
Jugendhilfeausschuss		**6**

Beratung

Beratungsergebnis

[ ] Einstimmig	[ ] Mit Stimmenmehrheit	Ja	Nein	Enthaltung	[ ] Laut Beschlussvorschlag	[ ] Abweichender Beschluss (Rückseite)

Beschlussausfertigungen an:

Amt 10, Frau Pfeifer-Hoecker, Frau Gei-Weyand, Herr Bekdemir

Problembeschreibung/Begründung

Am 01.11.2015 trat das Gesetz zur Verbesserung der Unterbringung, Versorgung und Betreuung ausländischer Kinder und Jugendlicher in Kraft. Aufnahme und Verteilung von ausländischen Minderjährigen, die unbegleitet einreisen, sind nunmehr im SGB VIII geregelt. Im Landesgesetz zur Ausführung des Kinder- und Jugendhilfegesetztes wurde eine Ermächtigungsgrundlage zur Konkretisierung des bundesgesetzlichen Verfahrens eingeführt. Gleichzeitig wurde das fachlich zuständige Ministerium ermächtigt, durch Rechtsverordnungen nähere Bestimmungen zur Ausführung der §§ 42, 42a, 42 b und 88 a SGB VIII zu erlassen.

Laut Entwurf der Landesverordnung sollen Jugendämter ihre Aufgaben im Rahmen der (vorläufigen) Inobhutnahme bündeln und sogenannte Schwerpunktjugendämter bilden können im Rahmen der interkommunalen Zusammenarbeit. Diese interkommunale Zusammenarbeit soll in der hiesigen Region durch eine Zweckvereinbarung zwischen dem Landkreis Mainz-Bingen und der Stadt Bad Kreuznach, der Stadt Worms, dem Landkreis Alzey-Worms und dem Landkreis Bad Kreuznach geregelt werden (siehe Anlage).

Gegenstand der Zweckvereinbarung soll die Übertragung der im Zuständigkeitsbereich der vorgenannten kommunalen Gebietskörperschaften anfallenden Aufgaben nach § 42 a SGB VIII und § 42 SGB VIII (Altersfeststellung, vorläufige Inobhutnahme und Inobhutnahme, Beantragung von Vormundschaften, Feststellung des Gesundheitszustandes, Perspektivenplanung in schulischer und persönlicher Hinsicht, etc.) bezogen auf den Personenkreis der unbegleiteten ausländischen Kinder und Jugendlichen sein.

Die hierdurch entstehenden Kosten sollen dem Landkreis Mainz-Bingen erstattet werden. Nach Berechnungen des Kreisjugendamtes Mainz-Bingen werden die Kosten pro Fall zwischen 1350,- und 1450,-€ betragen.
Bisher wurde den Jugendämtern seitens des Landes zur Erfüllung dieser Aufgaben eine Fallkostenpauschale in Höhe von 1046,-€ gezahlt. Hierfür gibt es eine befristete Zusage bis zum 31.12.2016. Die Fallkostenpauschale soll danach weiter gewährt werden. Der Differenzbetrag zwischen der Fallkostenpauschale und den seitens des Landkreises Mainz-Bingen tatsächlich berechneten Kosten ist von den jeweiligen Jugendämtern dem Landkreis Mainz-Bingen zu erstatten.

Der Abschluss der Zweckvereinbarung trägt zu einer Bündelung von Fachlichkeit und personellen Ressourcen bei. Es wird sich nach bisherigen Erfahrungen, sofern sich die gegenwärtige Flüchtlingssituation nicht verändert, um eine begrenzte Anzahl von Fällen handeln. Insgesamt hat das Stadtjugendamt zurzeit eine Anzahl von aktuell ca. 50 Fällen dauerhaft zugewiesenen ausländischen Kindern und Jugendlichen zu versorgen und zu betreuen. Die für die Stadt Bad Kreuznach zu tragenden Kosten pro Fall belaufen sich dann auf ca. 400,- €.

Anlage:
Überarbeiteter Vertragsentwurf nach Prüfung durch die ADD

Sichtvermerke der Dezernenten:	Sichtvermerk des Oberbürgermeisters:	Sichtvermerke: Rechtsamt: Kämmereiamt:

Stand: 24.03.2017

Zweckvereinbarung

Die Stadt Bad Kreuznach, vertreten durch die Oberbürgermeisterin,

die Stadt Worms, vertreten durch den Oberbürgermeister,

der Landkreis Alzey-Worms, vertreten durch den Landrat,

sowie der Landkreis Bad Kreuznach, vertreten durch den Landrat~~,~~

und

der Landkreis Mainz-Bingen, vertreten durch den Landrat

schließen auf der Grundlage der §§ 1, 12 und 13 des Landesgesetzes über die kommunale Zusammenarbeit (KomZG) vom 22.12.1982 (GVBl. 1982, S. 476), sowie der §§ 42 (bezogen auf den Personenkreis der unbegleiteten minderjährigen Ausländer), 42a, 88a und 69 ~~Sozialgesetzbuch VIII (SGB VIII), (Artikel 1 des Gesetzes vom 26. 06. 1990, BGBl. I S.1163)~~ **Sozialgesetzbuch (SGB) - Achtes Buch (VIII) - Kinder- und Jugendhilfe - (Artikel 1 des Gesetzes vom 26. 06. 1990, BGBl. I S.1163)**, i.V.m. § 2 des Landesgesetzes zur Ausführung des Kinder- und Jugendhilfegesetzes (AGKJHG) vom 21.12.1993, (GVBl. 1993 S. 632), **sowie des § 3 der Landesverordnung über das Verfahren zur landesinternen Verteilung unbegleiteter ausländischer Kinder und Jugendlicher vom 25.01.2017 (GVBl. 2017 S. 23) in der jeweils gültigen Fassung**

nachfolgende Zweckvereinbarung:

Präambel

Zuständige Behörden sind nach §§ 42a, 88a und 69 SGB VIII i.V.m. § 2 AGKJHG, die Stadtverwaltungen der Städte Bad Kreuznach und Worms sowie die Kreisverwaltungen der Landkreise Alzey-Worms, Bad Kreuznach und Mainz-Bingen.

Die Stadt Bad Kreuznach, die Stadt Worms, der Landkreis Alzey-Worms, der Landkreis Bad Kreuznach sowie der Landkreis Mainz-Bingen sind darüber einig, dass der Landkreis Mainz-Bingen im Rahmen der interkommunalen Zusammenarbeit die Erfüllung der Aufgabe zur Durchführung des Clearingverfahrens für unbegleitete minderjährige Ausländer für alle genannten Kommunen übernimmt. Unter Clearingverfahren verstehen die beteiligten Gebietskörperschaften ~~im Wesentlichen folgende Aufgabeninhalte:~~ **die im § 3 der Landesverordnung über das Verfahren zur landesinternen Verteilung unbegleiteter ausländischer Kinder und Jugendlicher vom 25.01.2017 (GVBl. 2017 S. 23), in der jeweils gültigen Fassung, genannten Aufgabeninhalte.**

~~- Alle Aufgaben der vorläufigen Inobhutnahme nach § 42a SGB VIII~~

~~- Alle Aufgaben die unmittelbar nach Ende der vorläufigen Inobhutnahme wahrzunehmen sind. Dabei sind die aus der Situation (Flüchtlingsgründe) entstandenen Bedarfe der Flüchtlinge zu ergründen und eine individuelle Perspektivplanung zu entwickeln.~~

§ 1
Gegenstand der Zweckvereinbarung

Die Stadt Bad Kreuznach, die Stadt Worms, der Landkreis Alzey-Worms und der Landkreis Bad Kreuznach übertragen dem Landkreis Mainz-Bingen die Durchführung der in ihrem Zuständigkeitsbereich anfallenden Aufgaben nach § 42a SGB VIII und § 42 SGB VIII bezogen auf den Personenkreis der unbegleiteten minderjährigen Ausländer im eigenen Namen. Rechte und Pflichten der genannten Kommunen als zuständige Behörden für diese Aufgaben gehen auf den Landkreis Mainz-Bingen über. Alle übrigen Bestimmungen des SGB VIII sowie der dazu ergangenen Bundes- und Landesverordnungen bleiben von der Zweckvereinbarung unberührt.

§ 2
Pflichten der Beteiligten

Die Stadt Bad Kreuznach, die Stadt Worms, der Landkreis Alzey-Worms sowie der Landkreis Bad Kreuznach unterrichten unverzüglich nach Bekanntgabe einer Zuweisung den Landkreis Mainz-Bingen hierüber.

Der Landkreis Mainz-Bingen wird das für die Durchführung dieser Zweckvereinbarung erforderliche und qualifizierte Personal einsetzen sowie die ordnungsgemäße Aufgabenerfüllung sicherstellen.

§ 3
Erstattung von Kosten

(1) Die Stadt Bad Kreuznach, die Stadt Worms, der Landkreis Alzey-Worms sowie der Landkreis Bad-Kreuznach werden dem Landkreis Mainz-Bingen die Kosten, die dem Landkreis Mainz-Bingen aufgrund der Durchführung der übertragenen Aufgaben entstehen, nach Maßgabe dieser Zweckvereinbarung erstatten. Die Kosten beziehen sich auf die Durchführung der Aufgaben nach § 42a SGB VIII und § 42 SGB VIII bezogen auf den Personenkreis der unbegleiteten minderjährigen Ausländer. Grundlage der Kostenerhebung ist der jeweils aktuelle Bericht „Kosten eines Arbeitsplatzes“ der kommunalen Gemeinschaftsstelle für Verwaltungsmanagement (KGSt).
Damit sind sämtliche Kosten der Aufgabenwahrnehmung durch den Landkreis Mainz-Bingen nach dieser Zweckvereinbarung, auch der von Widerspruchs- und Rechtsmittelverfahren, abgegolten.

(2) Die Kosten des Arbeitsplatzes (Personal-, Sach- und Gemeinkosten) werden nach dem zur Aufgabenerfüllung erforderlichen und qualifizierten Personalbedarf bestimmt. Zur Bestimmung dieses Personalbedarfs wird eine durchschnittliche Fallzahl von 160 Fällen je Vollzeitäquivalent und Jahr herangezogen. Den Bruttopersonalkosten liegt der Pauschalwert der Entgeltgruppe S 14 des jeweils gültigen KGSt Berichtes „Kosten eines Arbeitsplatzes“ zugrunde. Hinzugerechnet werden die entsprechenden Sach- und Gemeinkosten. Sollte über den 31.12.2016 hinaus eine Fallpauschale von Seiten des Landes zu den entstehenden Verwaltungskosten direkt an den Landkreis Mainz-Bingen gezahlt werden, so erfolgt deren Anrechnung auf die Kostenerstattung je Gebietskörperschaft.

(3) Der Landkreis Mainz-Bingen wird die Kostenerstattung jährlich für das vorangegangene Kalenderjahr gegenüber der Stadt Bad Kreuznach, der Stadt Worms, dem Landkreis Alzey-Worms und dem Landkreis Bad Kreuznach fallzahlenbezogen abrechnen, die Kostenerstattung ist drei Wochen nach Abrechnungseingang fällig.

(4) Die Stadt Bad Kreuznach, die Stadt Worms, der Landkreis Alzey-Worms und der Landkreis Bad Kreuznach werden dem Landkreis Mainz-Bingen auf Verlangen vierteljährig angemessene Vorauszahlungen auf den Kostenerstattungsbetrag entrichten. Diese Vorauszahlungen werden bei der Jahresabrechnung verrechnet; Nachzahlungen oder Rückzahlungen zu viel entrichteter Vorausleistungen der Gebietskörperschaften werden drei Wochen nach Abrechnungseingang fällig.

§ 4
Wirksamkeit und Laufzeit der Vereinbarung

(1) Diese Zweckvereinbarung wird am Tage nach der letzten Bekanntmachung in den Bekanntmachungsorganen der Stadt Bad Kreuznach, der Stadt Worms, des Landkreises Alzey-Worms, des Landkreises Bad Kreuznach und des Landkreises Mainz-Bingen ~~**frühestens am 01.04.2017**~~ wirksam und läuft auf unbestimmte Zeit. Sie kann von jeder Partei mit einer Frist von drei Monaten zum Ende eines Kalenderjahres gekündigt werden. Das Recht zur außerordentlichen Kündigung wird von dieser Bestimmung nicht berührt. Eine Kündigung der Stadt Bad Kreuznach oder der Stadt Worms oder des Landkreises Alzey-Worms oder des Landkreises Bad Kreuznach lässt das durch diese Zweckvereinbarung begründete Rechtsverhältnis zwischen dem Landkreis Mainz-Bingen und den verbliebenen anderen Beteiligten unberührt. Entsprechendes gilt für die Kündigung des Landkreises Mainz-Bingen gegenüber nur einem Beteiligten. Eine Kündigung der Stadt Bad Kreuznach, der Stadt Worms, des Landkreises Alzey-Worms und des Landkreises Bad Kreuznach gegenüber dem Landkreis Mainz-

Bingen hat die Aufhebung der Zweckvereinbarung zur Folge. Gleiches gilt für die Kündigung des Landkreises Mainz-Bingen gegenüber allen anderen Parteien.

(2) Die Stadt Bad Kreuznach, die Stadt Worms, der Landkreis Alzey-Worms und der Landkreis Bad Kreuznach können einvernehmlich mit dem Landkreis Mainz-Bingen die Aufhebung dieser Zweckvereinbarung vereinbaren.

(3) Im Falle der Wirksamkeit einer Kündigung, einer einvernehmlichen Aufhebung oder einer sonstigen Beendigung dieser Zweckvereinbarung hat der Landkreis Mainz-Bingen dem Beteiligten, mit dem das durch diese Zweckvereinbarung begründete Rechtsverhältnis endet, zur nunmehr wieder eigenen Aufgabenwahrnehmung alle Fälle vorzulegen. Entsprechendes gilt für Widerspruchs- und Rechtsmittelverfahren, die noch nicht bestands- oder rechtskräftig abgeschlossen sind. Weiterhin wird der Landkreis Mainz-Bingen der Stadt Bad Kreuznach, der Stadt Worms, dem Landkreis Alzey-Worms und dem Landkreis Bad Kreuznach binnen drei Monaten nach der Beendigung dieser Zweckvereinbarung die Abrechnung der Kostenerstattung vorlegen. Die Kostenerstattung ist drei Wochen nach Abrechnungseingang fällig, dies gilt auch für bereits geleistete Vorauszahlungen.

§ 5
Haftung und Streitbeilegung

(1) Für Leistungsstörungen, Pflichtverletzungen und die Haftung der Parteien dieser Vereinbarung untereinander gelten die gesetzlichen Bestimmungen, insbesondere gem. § 12 Abs. 4 KomZG, § 1 Landesverwaltungsverfahrensgesetz (LVwVfG) i.V.m. § 62 Verwaltungsverfahrensgesetz (VwVfG) die Vorschriften des Bürgerlichen Gesetzbuches.

(2) Bei Streitigkeiten auf der Grundlage dieser Zweckvereinbarung soll eine gütliche Regelung zwischen den Beteiligten angestrebt werden. Im Zweifel soll die Entscheidung der gemeinsamen Kommunalaufsichtsbehörde (ADD) eingeholt werden.

§ 6
Salvatorische Klausel und Schlussbestimmung

(1) Änderungen oder Ergänzungen dieser Zweckvereinbarung bedürfen der Schriftform. Diese Bestimmung kann ebenso nur schriftlich abgeändert oder ergänzt werden. Absprachen der Parteien dieser Vereinbarung über deren Durchführung bedürfen zu ihrer Wirksamkeit ebenso der Schriftform.

(2) Sollten einzelne Bestimmungen dieses Vertrages unwirksam sein oder werden, oder sollte sich in diesem Vertrag eine Lücke befinden, so wird hierdurch die

Gültigkeit der übrigen Bestimmungen nicht berührt. Anstelle der unwirksamen Bestimmung gilt diejenige als wirksame Bestimmung vereinbart, die dem Sinn und Zweck der unwirksamen Bestimmung am nächsten kommt. Im Falle einer Lücke gilt diejenige Bestimmung als vereinbart, die dem entspricht, was nach dem Zweck der Zweckvereinbarung vereinbart worden wäre, hätten die Parteien dies von vorneherein bedacht.

(3) Die nach § 12 Abs. 2 KomZG erforderliche Genehmigung der Aufsichts- und Dienstleistungsdirektion wird für die Städte Bad Kreuznach und Worms sowie für die Landkreise Alzey-Worms und Bad Kreuznach gemeinsam durch den Landkreis Mainz-Bingen beantragt.

Bad Kreuznach, den

_____
Dr. Heike Kaster-Meurer
Oberbürgermeisterin

Worms, den

_____
Michael Kissel
Oberbürgermeister

Alzey, den

_____
Ernst Walter Görisch
Landrat

Bad Kreuznach, den

_____
Franz-Josef Diel
Landrat

Ingelheim, den

_____
Claus Schick
Landrat

Stand: 23.01.2017

Zweckvereinbarung

Die Stadt Bad Kreuznach, vertreten durch die Oberbürgermeisterin,

die Stadt Worms, vertreten durch den Oberbürgermeister,

sowie Landkreis Alzey-Worms, vertreten durch den Landrat,

der Landkreis Bad Kreuznach, vertreten durch den Landrat,

und

der Landkreis Mainz-Bingen, vertreten durch den Landrat

schließen auf der Grundlage der §§ 1, 12 und 13 des Landesgesetzes über die kommunale Zusammenarbeit (KomZG) vom 22.12.1982 (GVBl. 1982, S. 476), sowie der §§ 42 (bezogen auf den Personenkreis der unbegleiteten minderjährigen Ausländer), 42a, 88a und 69 Sozialgesetzbuch VIII (SGB VIII), (Artikel 1 des Gesetzes vom 26. 06 1990, BGBl. I S.1163), i.V.m. § 2 des Landesgesetzes zur Ausführung des Kinder- und Jugendhilfegesetzes (AGKJHG) vom 21.12.1993, (GVBl. S. 632), sowie des § 3 der Landesverordnung zur Verteilung von unbegleiteten ausländischen Kindern und Jugendlichen in der jeweils gültigen Fassung

nachfolgende Zweckvereinbarung:

Präambel

Zuständige Behörden sind nach §§ 42a, 88a und 69 SGB VIII i.V.m. § 2 AGKJHG, die Stadtverwaltungen der Städte Bad Kreuznach und Worms sowie die Kreisverwaltungen der Landkreise Alzey-Worms, Bad Kreuznach und Mainz-Bingen.

Die Stadt Bad Kreuznach, die Stadt Worms, der Landkreis Alzey-Worms, der Landkreis Bad Kreuznach sowie der Landkreis Mainz-Bingen sind darüber einig, dass der Landkreis Mainz-Bingen im Rahmen der interkommunalen Zusammenarbeit die **Erfüllung der Aufgabe zur Durchführung des Clearingverfahrens für unbegleitete minderjährige Ausländer für alle genannten Kommunen übernimmt. Unter Clearingverfahren verstehen die beteiligten Gebietskörperschaften im Wesentlichen folgende Aufgabeninhalte:**

- **Alle Aufgaben der vorläufigen Inobhutnahme nach § 42a SGB VIII**
- **Alle Aufgaben die unmittelbar nach Ende der vorläufigen Inobhutnahme wahrzunehmen sind. Dabei sind die aus der Situation**

(Flüchtlingsgründe) entstandenen Bedarfe der Flüchtlinge zu ergründen und eine individuelle Perspektivplanung zu entwickeln.

§ 1
Gegenstand der Zweckvereinbarung

Die Stadt Bad Kreuznach, die Stadt Worms, der Landkreis Alzey-Worms und der Landkreis Bad Kreuznach übertragen dem Landkreis Mainz-Bingen die Durchführung der in ihrem Zuständigkeitsbereich anfallenden Aufgaben nach § 42a SGB VIII **und § 42 SGB VIII bezogen auf den Personenkreis der unbegleiteten minderjährigen Ausländer** im eigenen Namen. Rechte und Pflichten der genannten Kommunen als zuständige Behörden für diese Aufgaben gehen auf den Landkreis Mainz-Bingen über. Alle übrigen Bestimmungen des SGB VIII sowie der dazu ergangenen Bundes- und Landesverordnungen bleiben von der Zweckvereinbarung unberührt.

§ 2
Pflichten der Beteiligten

Die Stadt Bad Kreuznach, die Stadt Worms, der Landkreis Alzey-Worms sowie der Landkreis Bad Kreuznach unterrichten unverzüglich nach Bekanntgabe einer Zuweisung den Landkreis Mainz-Bingen hierüber.

Der Landkreis Mainz-Bingen wird das für die Durchführung dieser Zweckvereinbarung erforderliche und qualifizierte Personal einsetzen sowie die ordnungsgemäße Aufgabenerfüllung sicherstellen.

§ 3
Erstattung von Kosten

(1) Die Stadt Bad Kreuznach, die Stadt Worms, der Landkreis Alzey-Worms sowie der Landkreis Bad-Kreuznach werden dem Landkreis Mainz-Bingen die Kosten die dem Landkreis Mainz-Bingen aufgrund der Durchführung der übertragenen Aufgaben entstehen, nach Maßgabe dieser Zweckvereinbarung erstatten. Die Kosten beziehen sich auf die Durchführung der Aufgaben nach § 42a SGB VIII **und § 42 SGB VIII bezogen auf den Personenkreis der unbegleiteten minderjährigen Ausländer**. Grundlage der Kostenerhebung ist der jeweils aktuelle Bericht „Kosten eines Arbeitsplatzes“ der kommunalen Gemeinschaftsstelle für Verwaltungsmanagement (KGSt).
Damit sind sämtliche Kosten der Aufgabenwahrnehmung durch den Landkreis Mainz-Bingen nach dieser Zweckvereinbarung, auch der von Widerspruchs- und Rechtsmittelverfahren, abgegolten.

(2) Die Kosten des Arbeitsplatzes (Personal-, Sach- und Gemeinkosten) werden nach dem zur Aufgabenerfüllung erforderlichen und qualifizierten Personalbedarf bestimmt. Zur Bestimmung dieses Personalbedarfs wird eine durchschnittliche

Fallzahl von 160 Fällen je Vollzeitäquivalent und Jahr herangezogen. Den Bruttopersonalkosten liegt der Pauschalwert der Entgeltgruppe S 14 des jeweils gültigen KGSt Berichtes „Kosten eines Arbeitsplatzes“ zugrunde. Hinzugerechnet werden die entsprechenden Sach- und Gemeinkosten. Sollte über den 31.12.2016 hinaus eine Fallpauschale von Seiten des Landes zu den entstehenden Verwaltungskosten direkt an den Landkreis Mainz-Bingen gezahlt werden, so erfolgt deren Anrechnung auf die Kostenerstattung je Gebietskörperschaft.

(3) Der Landkreis Mainz-Bingen wird die Kostenerstattung jährlich für das vorangegangene Kalenderjahr gegenüber der Stadt Bad Kreuznach, der Stadt Worms, dem Landkreis Alzey-Worms und dem Landkreis Bad Kreuznach fallzahlenbezogen abrechnen, die Kostenerstattung ist drei Wochen nach Abrechnungseingang fällig.

(4) Die Stadt Bad Kreuznach, die Stadt Worms, der Landkreis Alzey-Worms und der Landkreis Bad Kreuznach werden dem Landkreis Mainz-Bingen auf Verlangen vierteljährig angemessene Vorauszahlungen auf den Kostenerstattungsbetrag entrichten. Diese Vorauszahlungen werden bei der Jahresabrechnung verrechnet; Nachzahlungen oder Rückzahlungen zu viel entrichteter Vorausleistungen der Gebietskörperschaften werden drei Wochen nach Abrechnungseingang fällig.

§ 4
Wirksamkeit und Laufzeit der Vereinbarung

(1) Diese Zweckvereinbarung wird am Tage nach der letzten Bekanntmachung in den Bekanntmachungsorganen der Stadt Bad Kreuznach, der Stadt Worms, des Landkreises Alzey-Worms, des Landkreises Bad Kreuznach, und des Landkreises Mainz-Bingen, frühestens am **01.04.2017** wirksam und läuft auf unbestimmte Zeit. Sie kann von jeder Partei mit einer Frist von drei Monaten zum Ende eines Kalenderjahres gekündigt werden. Das Recht zur außerordentlichen Kündigung wird von dieser Bestimmung nicht berührt. Eine Kündigung der Stadt Bad Kreuznach oder der Stadt Worms oder des Landkreises Alzey-Worms oder des Landkreises Bad Kreuznach lässt das durch diese Zweckvereinbarung begründete Rechtsverhältnis zwischen dem Landkreis Mainz-Bingen und den verbliebenen anderen Beteiligten unberührt. Entsprechendes gilt für die Kündigung des Landkreises Mainz-Bingen gegenüber nur einem Beteiligten. Eine Kündigung der Stadt Bad Kreuznach, der Stadt Worms, des Landkreises Alzey-Worms und des Landkreises Bad Kreuznach gegenüber dem Landkreis Mainz-Bingen hat die Aufhebung der Zweckvereinbarung zur Folge. Gleiches gilt für die Kündigung des Landkreises Mainz-Bingen gegenüber allen anderen Parteien.

(2) Die Stadt Bad Kreuznach, die Stadt Worms, der Landkreis Alzey-Worms und der Landkreis Bad Kreuznach können einvernehmlich mit dem Landkreis Mainz-Bingen die Aufhebung dieser Zweckvereinbarung vereinbaren.

(3) Im Falle der Wirksamkeit einer Kündigung, einer einvernehmlichen Aufhebung oder einer sonstigen Beendigung dieser Zweckvereinbarung hat der Landkreis Mainz-Bingen dem Beteiligten, mit dem das durch diese Zweckvereinbarung begründete Rechtsverhältnis endet, zur nunmehr wieder eigenen Aufgabenwahrnehmung alle Fälle vorzulegen. Entsprechendes gilt für Widerspruchs- und Rechtsmittelverfahren, die noch nicht bestands- oder rechtskräftig abgeschlossen sind. Weiterhin wird der Landkreis Mainz-Bingen der Stadt Bad Kreuznach, der Stadt Worms, dem Landkreis Alzey-Worms und dem Landkreis Bad Kreuznach binnen drei Monaten nach der Beendigung dieser Zweckvereinbarung die Abrechnung der Kostenerstattung vorlegen. Die Kostenerstattung ist drei Wochen nach Abrechnungseingang fällig, **dies gilt auch für bereits geleistete Vorauszahlungen.**

§ 5
Haftung und Streitbeilegung

(1) Für Leistungsstörungen, Pflichtverletzungen und die Haftung der Parteien dieser Vereinbarung untereinander gelten die gesetzlichen Bestimmungen, insbesondere gem. § 12 Abs. 4 KomZG, § 1 **Landesverwaltungsverfahrensgesetz** (LVwVfG) i.V.m. § 62 **Verwaltungsverfahrensgesetz** (VwVfG) die Vorschriften des Bürgerlichen Gesetzbuches.

(2) Bei Streitigkeiten auf der Grundlage dieser Zweckvereinbarung soll eine gütliche Regelung zwischen den Beteiligten angestrebt werden. Im Zweifel soll die Entscheidung der gemeinsamen Kommunalaufsichtsbehörde (ADD) eingeholt werden.

§ 6
Salvatorische Klausel und Schlussbestimmung

(1) Änderungen oder Ergänzungen dieser Zweckvereinbarung bedürfen der Schriftform. Diese Bestimmung kann ebenso nur schriftlich abgeändert oder ergänzt werden. Absprachen der Parteien dieser Vereinbarung über deren Durchführung bedürfen zu ihrer Wirksamkeit ebenso der Schriftform.

(2) Sollten einzelne Bestimmungen dieses Vertrages unwirksam sein oder werden, oder sollte sich in diesem Vertrag eine Lücke befinden, so wird hierdurch die Gültigkeit der übrigen Bestimmungen nicht berührt. Anstelle der unwirksamen Bestimmung gilt diejenige als wirksame Bestimmung vereinbart, die dem Sinn

und Zweck der unwirksamen Bestimmung am nächsten kommt. Im Falle einer Lücke gilt diejenige Bestimmung als vereinbart, die dem entspricht, was nach dem Zweck der Zweckvereinbarung vereinbart worden wäre, hätten die Parteien dies von vorneherein bedacht.

(3) Die nach § 12 Abs. 2 KomZG erforderliche Genehmigung der Aufsichts- und Dienstleistungsdirektion wird für die Städte Bad Kreuznach und Worms sowie für die Landkreise Alzey-Worms und Bad Kreuznach gemeinsam durch den Landkreis Mainz-Bingen beantragt.

Bad Kreuznach, den

_____
Dr. Heike Kaster-Meurer
Oberbürgermeisterin

Worms, den

_____
Michael Kissel
Oberbürgermeister

Alzey, den

_____
Ernst Walter Görisch
Landrat

Bad Kreuznach, den

_____
Franz-Josef Diel
Landrat

Ingelheim, den

_____
Claus Schick
Landrat

Stadtverwaltung Bad Kreuznach **Beschlussvorlage**

[x] öffentlich [ ] nichtöffentlich

Amt/Aktenzeichen	Datum	Drucksache Nr. (ggf. Nachträge)
Amt für Kinder und Jugend	22.03.2017	17/

Beratungsfolge	Sitzungstermin
Jugendhilfeausschuss	05.04.2017

Betreff

Fortschreibung Kindertagesstättenplan 2017 **…… TOP 7**

Beschlussvorschlag
Der Jugendhilfeausschuss beschließt den Kindertagesstättenplan 2017 aufgrund des vorliegenden Entwurfes.

Beratung/Beratungsergebnis

Gremium	Sitzung am	TOP
Jugendhilfeausschuss	05.04.2017	7
Beratung		

Beratungsergebnis						
[ ] Einstimmig	[ ] Mit Stimmenmehrheit	Ja	Nein	Enthaltung	[ ] Laut Beschluss-Vorschlag	[ ] Abweichender Beschluss (Rückseite)
Beschlussausfertigungen an:						

Problembeschreibung/Begründung

In der Anlage befindet sich die aktuelle Fortschreibung für das Jahr 2017. Die Kinderzahlen sind in 2016 im Vergleich zu den vorhergehenden Jahrgängen wieder um 70 gestiegen und erreichen somit wieder die Werte der beiden geburtenstarken Jahrgänge 2013 und 2014. Eine mittelfristige Entlastung durch einen etwaigen Geburtenrückgang ist daher nicht zu erwarten. Darüber hinaus hält die Bautätigkeit in der Stadt unvermindert an. Bereits jetzt sind im kinderstarken Bezirk Süd erneut Gebiete mit Reihenhausbebauung ausgewiesen.

Für den nach wie vor stark unterversorgten Bereich der Innenstadt wird der nunmehr auch im Stadtrat beschlossene Neubau in der Jungstraße für Entlastung sorgen. Gemeinsam mit dem Bezirk Süd steht die Innenstadt wieder an der Spitze der Kinderzahlen. Dies wirkt sich auch noch mittelfristig auf den Fehlbedarf in der Innenstadt aus, denn trotz des Neubaus ist in 2017 der Fehlbedarf in Höhe von 43 Plätzen im Vergleich zum Vorjahr gestiegen, die meisten davon (33) sind im Bereich der über Dreijährigen.

Die Gesamtübersicht der Relation von Plätzen und Bedarf zeigt nach wie vor sehr deutlich, dass wir auch mittelfristig noch auf den Fortbestand der Übergangseinrichtungen angewiesen sind. Dies gilt insbesondere für die Altersgruppe der über Dreijährigen – selbst nach Inbetriebnahme des Ersatzbaus in der Alzeyer Straße und der beiden Neubauten in der Jungstraße und der Lebenshilfe, fehlen uns immer noch 120 Plätze für die Kinder ab 3 Jahren. Mit Erhalt der Übergangseinrichtungen verringert sich der Fehlbedarf dieser Altersgruppe auf immerhin 42 Plätze – eine Zahl die auf die dann 34 Einrichtungen in unserer Stadt verteilt machbar ist.

Erfreulich ist in diesem Zusammenhang, dass die Lebenshilfe ihr Neubauvorhaben nunmehr verwirklichen kann und somit wieder mit der vorgesehenen Platzzahl in den Bedarfsplan aufgenommen werden konnte.

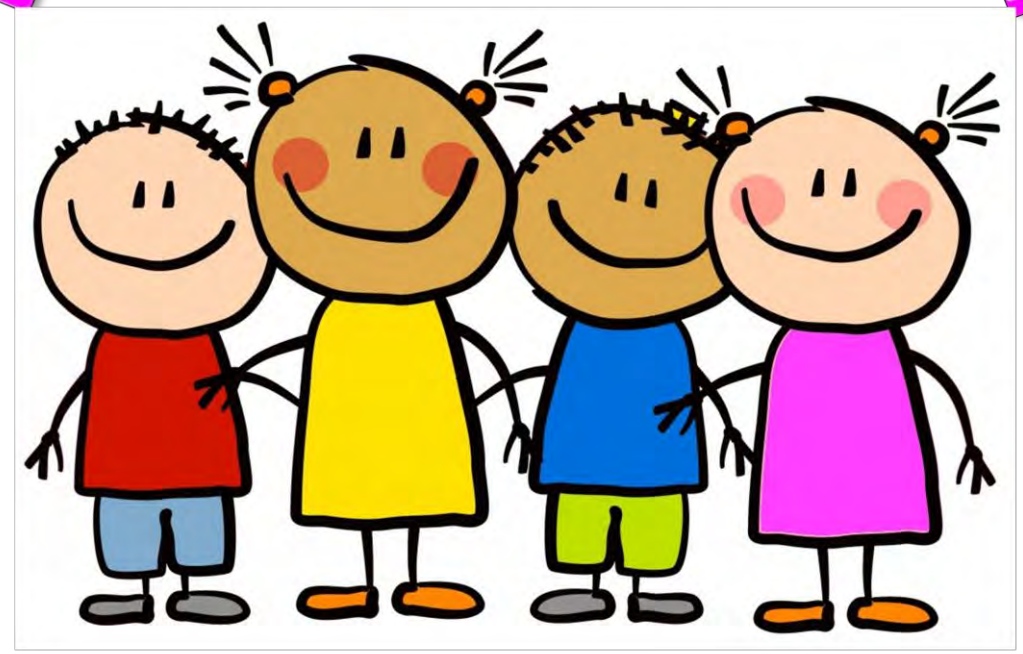
Insgesamt muss die Bedarfsplanung der letzten Jahre mit einem lachenden und einem weinenden Auge gesehen werden: so schön es als Stadt ist, für junge Familien dauerhaft attraktiv zu sein, so schwierig ist es andererseits mit dem bedarfsgerechten Ausbau der Tagesbetreuungsangebote hinterher zu kommen – von den zum Teil erheblichen Jahrgangsschwankungen einmal völlig abgesehen. Zusammenfassend können wir aber mit Stolz behaupten: der demografische Wandel findet offensichtlich woanders statt.

Weitere Erläuterungen erfolgen mündlich in der Sitzung.

Anlage

Sichtvermerke der Dezernenten:	Sichtvermerk der Oberbürgermeisterin:	Sichtvermerke: Rechtsamt: Kämmereiamt:

Kita-Bedarfsplan



Fortschreibung 2017

STADTVERWALTUNG
BAD KREUZNACH
AMT FÜR KINDER UND JUGEND

I n h a l t

Seite

Vorwort **1**

1. Vorbemerkungen **2**

2. Basisdaten **3**

2.1 Entwicklung der Kinderzahlen der letzen 10 Jahre 3

2.2 Entwicklung der Kinderzahlen der letzten 3 Jahre 4

2.3 Übersicht der Plätze für Kinder bis zum Schuleintritt 5

2.3.1 Platzübersicht 2016 5

2.3.2 Betriebsträgerschaft, Art und Anzahl der Gruppen 8

2.3.3 Entwicklung der Ganztagsplätze 9

2.4 Öffnungszeiten 10

2.4.1 Öffnungszeiten Krippe 10

2.4.2 Öffnungszeiten Kindergarten 11

2.5 Entwicklung der Kinderzahlen der letzten 7 Jahre 13

3. Kita-Bezirke **14**

3.1 Übersichtskarte 14

3.2 Einteilung der Kita-Bezirke 16

4. Bedarfsermittlung – gesamtes Stadtgebiet 17

4.1 Bedarf 2016 – gesamtes Stadtgebiet 17

4.2 Bezirk Nord 19

4.3 Bezirk Innenstadt 20

4.4 Bezirk Ost 21

4.5 Bezirk Süd 22

4.6 Bezirk West 23

4.7 Bezirk Planig / Ippesheim 24

4.8 Bezirk Bosenheim 25

4.9 Bezirk Winzenheim 26

4.10 Bezirk Bad Münster / Ebernburg 27

5. Schulkinder 28

5.1 Entwicklung der Kinderzahlen der Kinder im Schulalter 28

5.2 Übersicht der Kinderhorte 29

5.3 Öffnungszeiten 30

5.4 Ganztagsplätze in Schulen 31

Anhang:

Übersicht der Angebotsformen der Kinderbetreuung in Rheinland-Pfalz 32

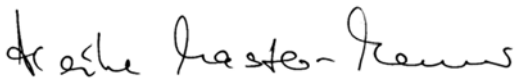
Vorwort

Germany´s next Topmodel

So groß die Herausforderung an eine qualitativ hochwertige, bedarfsgerechte Kindertagesbetreuung auch sein mag: Bad Kreuznach erweist sich für junge Familien offensichtlich nach wie vor als ungebrochen attraktiv. In Kombination mit der stetigen Entwicklung kleiner Neubaugebiete – die durchaus für klassische „Durchschnittsverdienende“ die Möglichkeit eines Eigenheims eröffnen – tragen die bald 34 Einrichtungen aller Träger-Couleur wesentlich zum Zuzug junger Familien bei.

Der zunächst prognostizierte demografische Wandel ist bei uns de facto nicht eingetreten. Diese sprichwörtliche „Abstimmung mit den Füßen“ sollte für uns aber auch Ansporn sein, unseren jüngsten Neubürger/innen von Anfang an ein gelingendes Aufwachsen mit vielfältigen Bildungschancen und einer großen Palette an Möglichkeiten zur gesellschaftlichen Teilhabe zu bieten. Diesem Auftrag haben sich seit vielen Jahren alle Träger in unserer Stadt verschrieben. Eltern können aus einer Vielzahl unterschiedlicher Einrichtungen und Konzeptionen wählen, denn alle Bezirke bieten ein qualitativ hochwertiges Angebot für unsere Jüngsten. Egal, ob städtisch, konfessionell oder in anderer Trägerschaft: alle Träger investieren stetig in die Qualität ihrer Einrichtungen. Und sei es durch das Engagement in übergreifenden Arbeitsgruppen, in Einzelprojekten, bei der Familienbildung im Netzwerk oder bei individuellen Anliegen: die Kooperationsstrukturen in unserer Stadt sind seit vielen Jahren von Wertschätzung und einem hohen Maß an Motivation, miteinander gut zu arbeiten, geprägt. Dafür gilt allen Beteiligten mein ausdrücklicher Dank.

Um die Analogie zur Überschrift noch einmal aufzugreifen: die vielfältigen Betreuungsangebote in unserer Stadt zeigen sich auch dieses Jahr wieder von ihrer besten Seite. Ich finde daher durchaus, dass wir auf dem „Laufsteg“ der Kindertagesbetreuung eine absolut gute Figur machen.



Dr. Heike Kaster-Meurer
Oberbürgermeisterin

1. VORBEMERKUNGEN

Die Bedarfe werden nach wie vor in den einzelnen Bezirken ermittelt. Es wird nach den beiden Altersgruppen "unter drei Jahre" und "drei Jahre bis zum Schuleintritt" unterschieden:

- Für die Kinder von 0 bis unter 2 Jahre rechnen wir derzeit mit einer Bedarfsquote von 25%
- Für die Kinder von 2 bis unter 3 Jahren rechnen wir mit einer Quote von 90%
- Für die Kinder von 3 Jahren bis zum Schuleintritt rechnen wir in mit 3,75 Jahrgängen. Die bisherige Quote von 100% bleibt hierbei unverändert.
- Der Waldorf Kindergarten, der Kindergarten der Lebenshilfe und der städtische Kindergarten Hannah-Arendt-Straße werden keinem der Bezirke zugerechnet, sondern aufgrund ihrer spezifischen Ausrichtung bei der Bedarfsdeckung der ganzen Stadt angerechnet.
- Die Übergangseinrichtung wird bei der Auflistung der Träger den städtischen Einrichtungen zugerechnet. Das Platzangebot in dieser Einrichtung wird aufgrund ihres vorübergehenden Charakters nicht in den einzelnen Bezirken angerechnet sondern dem gesamtstädtischen Fehlbedarf gegenübergestellt.
- Bei der Anzahl der vorhandenen Kita-Plätze wird die Übergangseinrichtung voll eingerechnet. Dies gilt auch für die Anzahl der Ganztagsplätze.

Folgende Änderungen erfolgen voraussichtlich erst im Laufe des Jahres oder nach 2017, werden im aktuellen Plan jedoch schon voll mit eingerechnet:

- Neubau einer städtischen Kita in der Alzeyer Straße als Ersatzbau für die Einrichtung „Mittlerer Flurweg“ (Erhöhung der Platzzahl)

- Umzug der Ev. Kita „Im Ellenfeld“ in das Gebäude im Mittleren Flurweg (Platzreduzierung, räumlich bedingt)

- Neubau einer städtischen Kita in der Jungstraße (Kita-Bezirk Innenstadt)

- Neubau der Kita der Lebenshilfe mit 40 Plätzen für die städtische Bedarfsplanung

2. BASISDATEN

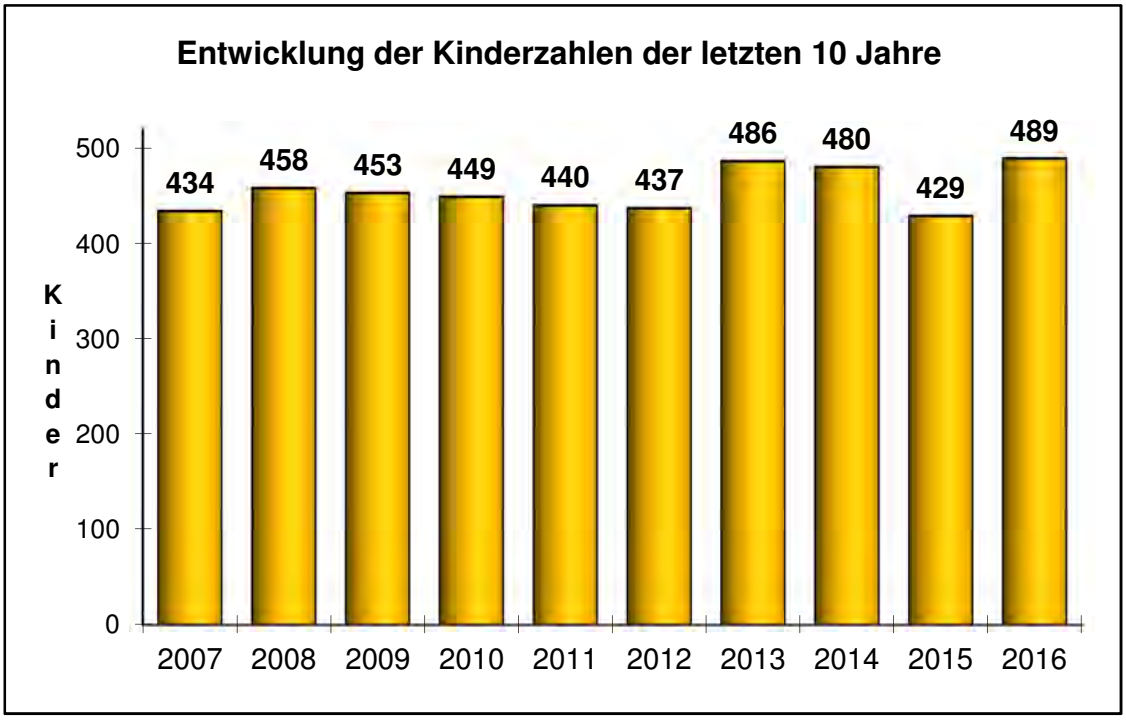
2.1 Übersicht über die Entwicklung der Kinderzahlen der letzten 10 Jahre

Kinder, die am 31.12.2016 in der Stadt Bad Kreuznach polizeilich gemeldet waren:
Geburten, sowie Zuzüge und Abwanderungen

Stand:
31.12.2016

Kita-Bezirk	Geburtsjahrgänge									
	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016
Nord	58	59	56	70	60	49	57	63	56	69
Innenstadt	71	76	65	84	80	72	86	95	69	90
Ost	62	44	67	57	56	54	66	64	60	51
Süd	84	89	81	74	75	85	95	79	72	90
West	42	60	56	58	59	50	66	63	62	63
Planig/Ippesheim	27	29	33	18	21	46	29	31	20	30
Bosenheim	17	16	14	13	16	14	21	18	18	20
Winzenheim	43	48	45	40	49	39	48	34	40	39
Bad Münster	30	37	36	35	24	28	18	33	32	37
Summen:	**434**	**458**	**453**	**449**	**440**	**437**	**486**	**480**	**429**	**489**

Jahrgangsdurchschnitt aller 10 Jahrgänge: **456**



3 TAGESBETREUUNG FÜR KINDER UNTER 3 JAHREN

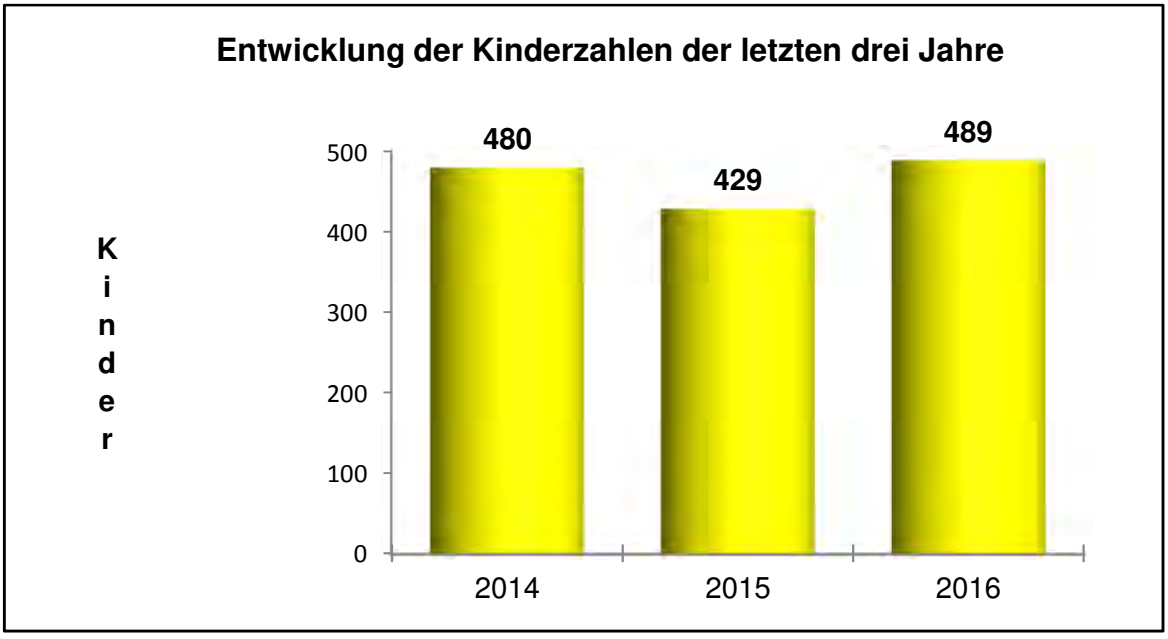
3.1 Übersicht über die Entwicklung der Kinderzahlen in den letzten 3 Jahren

Kinder die am 31.12.2016 in der Stadt Bad Kreuznach polizeilich gemeldet waren:
Geburten, sowie Zuzüge und Abwanderungen

Stand: 31.12.2016

Kita- Bezirk	Geburtsjahrgänge		
	2014	2015	2016
Nord	63	56	69
Innenstadt	95	69	90
Ost	64	60	51
Süd	79	72	90
West	63	62	63
Planig/Ippesheim	31	20	30
Bosenheim	18	18	20
Winzenheim	34	40	39
Bad Münster	33	32	37
Summen:	**480**	**429**	**489**

Jahrgangsdurchschnitt der drei Jahrgänge: **466**



2.3 Übersicht der Plätze für Kinder bis zum Schuleintritt (0 bis unter 7 Jahre):

2.3.1 Platzübersicht 2017

	Gruppen Krippe	Plätze Krippe	Gruppen Kleine AM	Plätze Kleine AM	Plätze 2-3 J.	**gesamt U 3**	**Gruppen Ü 3**	**gesamt Ü3**	**Plätze gesamt**
Städt. Kita "Ilse Staab"	1	10	0	0	16	**26**	4	**84**	**110**
Städt. Kita Steinkaut	1	10	0	0	18	**28**	4	**82**	**110**
Städt. Kita Kendelstraße	0	0	2	14	0	**14**	4	**53**	**67**
Städt. Kita Elfelder Straße	1	10	1	7	12	**29**	2	**43**	**72**
Städt. Kita Richard-Wagner-Str.	1	10	0	0	12	**22**	2	**38**	**60**
Städt. Kita Gensinger Straße	1	10	1	7	12	**29**	3	**46**	**75**
Städt. Kita "Ria-Liegel-Seitz"	2	20	0	0	12	**32**	3	**56**	**88**
Städt. Kita Alzeyer Straße	2	20	0	0	12	**32**	4	**74**	**106**
Städt. Kita Biebelsheimer Str.	0	0	2	14	12	**26**	2	**51**	**77**
Städt. Kita "St. Franziskus"	0	0	0	0	16	**16**	3	**59**	**75**
Städt. Kita Stromberger Str.	0	0	0	0	6	**6**	1	**19**	**25**
Städt Kita Rudolf-Diesel-Straße	1	10	2	14	6	**30**	2	**54**	**84**
Städt. Kita "Hermann Rohloff"	2	20	1	7	18	**45**	3	**62**	**107**
Städt. Kita "Kunterbunt" (BME)	0	0	1	7	6	**13**	1	**27**	**40**
Städt. Hessel-Kita BME	0	0	2	14	0	**14**	0	**16**	**30**
Städt. Kita Hannah-Arendt-Str.	1	10	1	7	12	**29**	2	**41**	**70**
Städt. Kita "Zur Klaster"	2	20	0	0	18	**38**	3	**57**	**95**
Städt. Kita Jungstraße	***2***	***20***	***0***	***0***	***18***	***38***	***3***	***57***	**95**
Summe städtisch	17	170	13	91	206	**467**	46	**919**	**1.386**

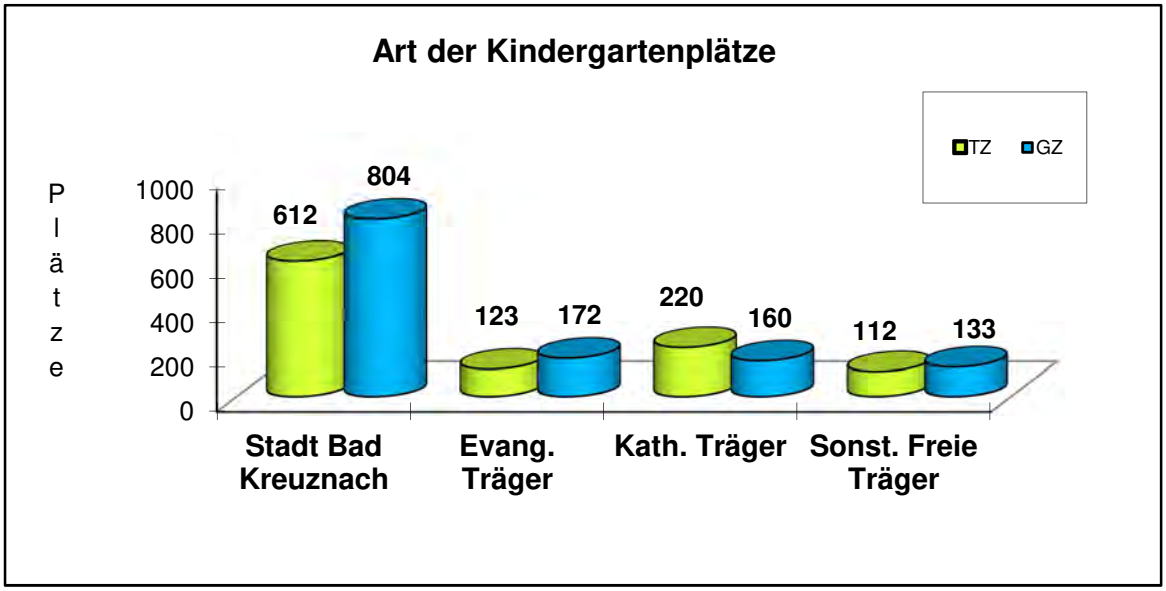
	Gruppen Krippe	Plätze Krippe	Gruppen Kleine AM	Plätze Kleine AM	Plätze 2-3 J.	**gesamt U 3**	**Gruppen Ü 3**	**gesamt Ü 3**	**Plätze gesamt**
Ev. Kita Hofgartenstraße	1	10	0	0	0	**10**	2	**50**	**60**
Ev. Kita Kurhausstraße	0	0	0	0	10	**10**	2	**40**	**50**
Ev. Kita "Mittlerer Flurweg"	0	0	0	0	6	**6**	3	**54**	**60**
Ev. Kita Korellengarten	0	0	1	7	12	**19**	2	**46**	**65**
Prot. Kita Ebernburg	0	0	1	7	10	**17**	2	**43**	**60**
Summe evangelisch	1	10	2	14	38	**62**	11	**233**	**295**
Kath. Kita St. Wolfgang	0	0	2	14	18	**32**	3	**73**	**105**
Kath. Kita St. Josef	***0***	***0***	***0***	***0***	***6***	***6***	***3***	***69***	***75***
Kath. Kita St. Nikolaus	0	0	0	0	12	**12**	3	**63**	**75**
Kath. Kita St. Gordianus	1	10	0	0	12	**22**	3	**60**	**82**
Kath. Nanni-Staab-Kita	0	0	0	0	6	**6**	2	**37**	**43**
Summe katholisch	1	10	2	14	54	**78**	14	**302**	**380**
Kinderhaus Arche	2	20	0	0	0	**20**	4	**60**	**80**
DRK-Lina Aschoff	1	10	1	7	6	**23**	1	**27**	**50**
Kita - Die Brücke	0	0	0	0	12	**12**	2	**38**	**50**
Waldorf-Kindergarten	0	0	0	0	3	**3**	1	**22**	**25**
Kindergarten Lebenshilfe	1	10	0	0	0	**10**	2	**30**	**40**
Summe Freie Träger	4	40	1	7	21	**68**	10	**177**	**245**

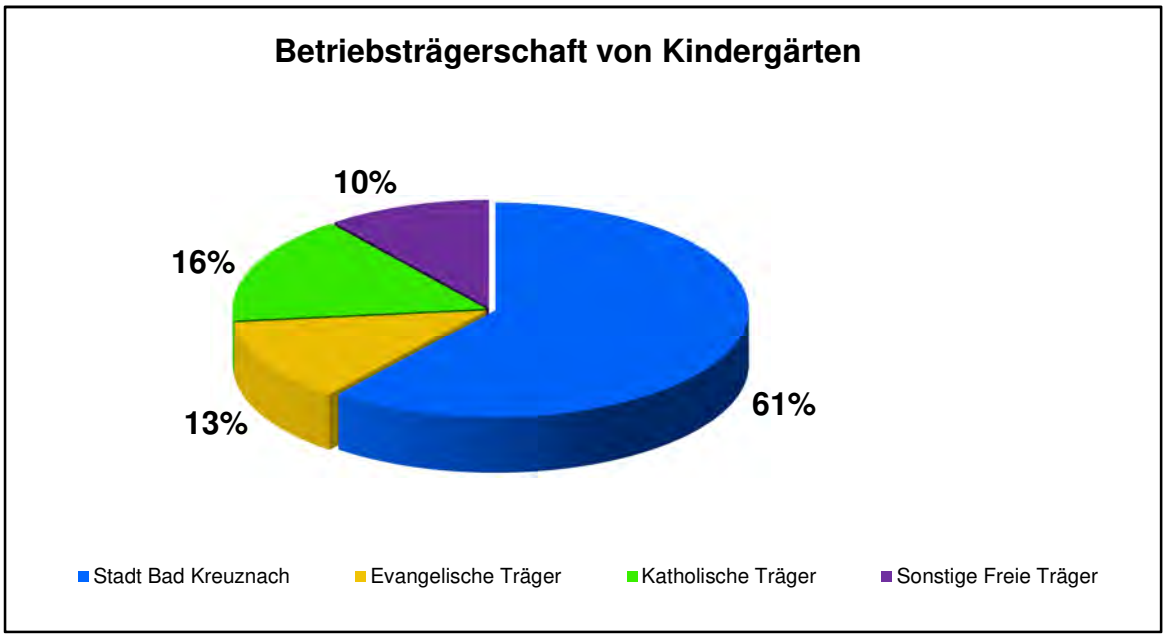
	Gruppen Krippe	Plätze Krippe	Gruppen Kleine AM	Plätze Kleine AM	Plätze 2-3 J.	**gesamt U 3**	**Gruppen Ü 3**	**gesamt Ü 3**	**Plätze gesamt**
Übergangseinrichtung Baumgartenstraße	0	0	2	14	0	**14**	0	**16**	**30**
Summe Übergangseinrichtungen	0	0	2	14	0	**14**	0	**16**	**30**
Summen:	23	**230**	20	**140**	**319**	**689**	81	**1.647**	**2.336**

5.2 Betriebsträgerschaften, Art und Anzahl der Gruppen

Basisjahr: 2017 - inklusive der städtischen Übergangseinrichtung

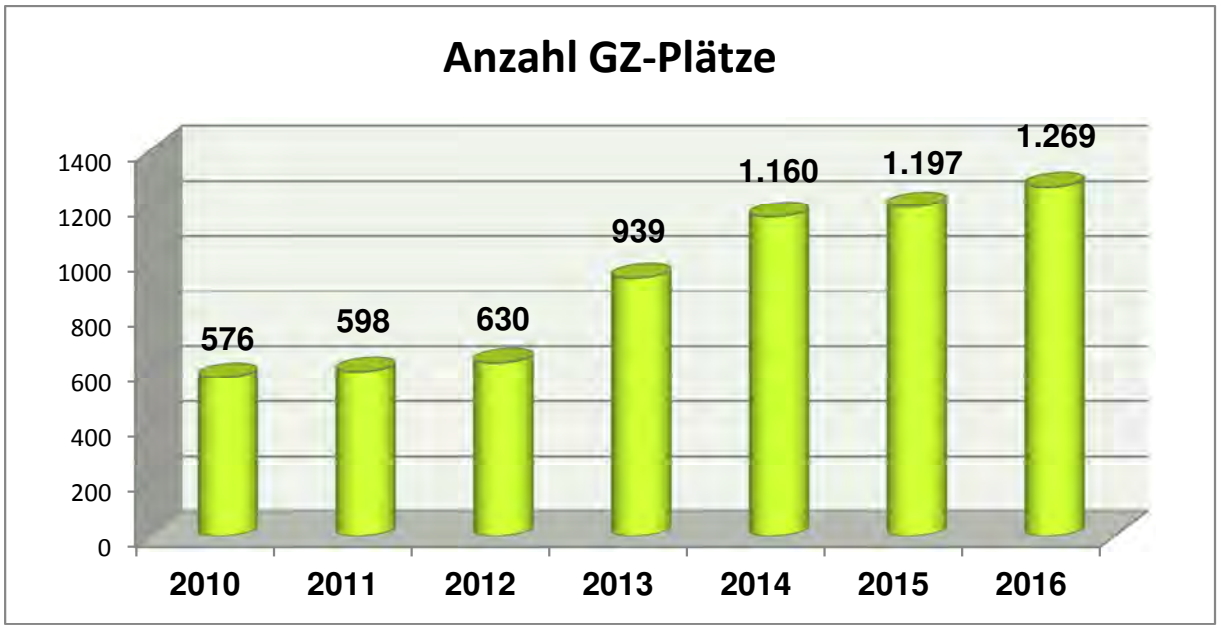
Trägergruppe	Anzahl der				
	Kinder-gärten	Gruppen insg.	Plätze		
			TZ	GZ	insg.
Stadt Bad Kreuznach	19	77	612	804	1.416
Evangelische Träger	5	14	123	172	295
Katholische Träger	5	17	220	160	380
Sonstige Freie Träger	5	15	112	133	245
Summen:	**34**	**123**	**1.067**	**1.269**	**2.336**





2.3.3 Entwicklung der Ganztagsplätze

Im Rahmen des derzeit bestehenden Platzangebots weisen wir für das Jahr 2017/2018 insgesamt **1.269** Ganztagsplätze aus. Wie der unten stehenden Tabelle entnommen werden kann, ist das Angebot an Ganztagsplätzen in den letzten Jahren auch weiterhin kontinuierlich gestiegen.



Bei der Anzahl der Ganztagsplätze wurde die Übergangseinrichtung mit berücksichtigt.

2.4 Öffnungszeiten

2.4.1 Öffnungszeiten Krippe:

Einrichtung	Öffnungszeiten	
Städt. Krippe "Ilse-Staab"	Mo-Do	7:00-16:30
	Fr	7:00-15:30
Städt. Krippe Richard-Wagner-Straße	Mo-Fr	7:30-17:00
Städt. Krippe "Ria-Liegel-Seitz"	Mo-Do	7:00-16:30
	Fr	7:00-15:30
Städt. Krippe Gensinger Straße	Mo-Do	7:00-16:00
	Fr	7:00-14:00
Städt. Krippe Mittlerer Flurweg	Mo-Fr	7:00-16:00
Städt. Krippe Elfelder Straße	Mo-Do	7:30-16:30
	Fr	7:30-15:00
Städt. Krippe Steinkaut	Mo-Do	7:00-16:45
	Fr	7:00-15:30
Städt. Krippe „Herrmann-Rohloff“	Mo-Fr	7:30-16:30
Städt. Krippe Rudolf-Diesel-Straße	Mo-Fr	7:30-16:30
Städt. Krippe Hannah-Arendt-Straße	Mo-Fr	7:30-16:30
Städt. Krippe „Zur Klaster“	Mo-Fr	7:30-16:30
Ev. Krippe Hofgartenstraße	Mo-Do	7:00-16:30
	Fr	7:00-13:30
Kath. Krippe St. Gordianus	Mo-Do	7:00-16:00
	Fr	7:00-14:00
Kita DRK "Lina-Aschoff“	Mo-Do	6:30-17:00
	Fr	6:30-16:00
kreuznacher diakonie - Kinderhaus Arche	Mo-Do	7:00-16:30
	Fr	7:00-13:30

2.4.2 Öffnungszeiten Kindergärten;:

Kindertagesstätten	Öffnungszeiten				
	Tag	TZ vormittags	TZ nachmittags	Flexible	GZ
Städt. Kita "Ilse-Staab"	Mo-Do	8:00-12:00	14:30-16:30	7:00-13:00	7:00-16:30
	Fr	8:00-12:00	14:30-15:30	7:00-13:00	7:00-15:30
Städt. Kita Steinkaut	Mo-Do	8:00-12:00	14:30-16:45	7:00-13:15	7:00-16:45
	Fr	8:00-12:00	-	7:00-13:15	7:00-15:30
Städt. Kita Kendelstr.	Mo-Fr	7:30-11:45	14:00-16:30	7:30-13:00	7:30-16:30
Städt. Kita Elfelder Str.	Mo-Do	7:30-12:00	14:30-16:30	7:30-13:30	7:30-16:30
	Fr	7:30-12:00	-	7:30-13:30	7:30-15:00
Städt. Kita Richard-Wagner-Str.	Mo-Do	8:00-12:00	14:00-17:00	-	7:30-17:00
	Fr	8:00-12:00	14:00-17:00		7:30-17:00
Städt. Kita "Ria-Liegl-Seitz	Mo-Do	8:00-12:00	14:00-16:00	7:00-13:00	7:00-16:30
	Fr	8:00-12:00	-	7:00-13:00	7:00-15:30
Städt. Kita Gensinger Str.	Mo-Do	8:00-12:00	14:00-16:00	7:00-13:00	7:00-16:00
	Fr	8:00-12:00	-	7:00-13:00	7:00-14:00
Städt. Kita Mittlerer Flurweg	Mo-Fr	8:00-12:00	14:00-16:00	7:00-13:00	7:00-16:00
Städt. Kita Biebelsheimer Str.	Mo-Do	7:00-12:00	14:30-16:30	-	7:00-16:30
	Fr	7:00-12:00	-		7:00-15:00
Städt. Kita St. Franziskus	Mo-Do	8:00-12:30	14:30-16:30	7:00-13:00	7:00-16:30
	Fr	8:00-12:30	-	7:00-13:00	7:00-14:00
Städt. Kita Stromberger Str.	Mo-Do	-	-	7:30-13:00	7:30-16:30
	Fr			7:30-13:00	7:30-14:00
Städt. Kita Rudolf-Diesel-Str.	Mo-Do	-	-	7:30-13:30	7:30-16:30
	Fr			7:30-13:30	7:30-16:30
Städt. Kita "Hermann Rohloff"	Mo-Do	7:30-12:00	14:00-16:00	-	7:30-16:30
	Fr	7:30-12:00	14:00-16:00		7:30-16:30
Städt. Kita "Kunterbunt" (BME)	Mo-Do	07:00-12:30	14:00-16:30	-	7:00-16:30
	Fr	07:00-12:30	-		7:00-14:30
Städt. Hessel-Kita (BME)	Mo-Do	07:00-12:30	14:00-16:30	-	07:00-16:30
	Fr	07:00-12:30	-		07:00-14:00
Städt. Kita Hannah-Arendt-Str.	Mo-Do	-	-	7:30-13:00	7:30-16:30
	Fr			7:30-13:00	7:30-16:30
Städt. Kita "Zur Klaster"	Mo-Do	7:30-12:30	14:00-16:30		7:30-16:30
	Fr	7:30-12:30	14:00-16:30		7:30-16:30
Städt. Übergangseinrichtung Baumgartenstraße	Mo-Do	7:30-12:00	14:30-16:30		7:30-16:30
	Fr	7:30-12:00	-		7:30-15:30

Kindertagesstätten	Öffnungszeiten				
	Tag	TZ vormittags	TZ nachmittags	Flexible	GZ
Ev. Kita Hofgartenstr.	Mo-Do	8:00-12:00	14:00-16:00	7:00-13:30	7:00-16:30
	Fr	8:00-12:00	-	7:00-13:30	7:00-13:30
Ev. Kita Kurhausstr.	Mo-Do	-	-	7:30-14:00	7:30-16:00
	Fr			7:30-14:00	7:30-14:00
Ev. Kita Im Ellenfeld	Mo-Fr	7:30-12:30	14:00-16:00	-	7:30-16:00
Ev. Kita Korellengarten	Mo-Do	7:00-12:00	14:00-16:00	7:00-13:00	7:00-16:00
	Fr	7:00-12:00	-	7:00-13:00	7:00-14:00
Prot. Kita Ebernburg	Mo-Do	08:00-12:00	13:30-16:30	-	07:00-16:30
	Fr		13:30-14:00		07:00-14:00
Kath. Kita St. Wolfgang	Mo-Do	7:00-12:30	14:00-16:30	7:00-14:00	7:00-16:30
	Fr	7:00-12:30	-	7:00-14:00	7:00-14:00
Kath. Kita St. Josef	Mo-Fr	7:15-12:00	14:00-16:00	7:15-14:00	7:15-16:00
	Mi	7:15-12:00	-	7:15-13:30	7:15-13:30
Kath. Kita St. Nikolaus	Mo-Do	8:00-12:00	14:00-16:00	8:00-14:00	7:15-16:30
	Fr	8:00-12:00	-	8:00-14:00	7:15-14:00
Kath. Kita St. Gordianus	Mo-Do	7:30-12:00	13:30-16:00	7:00-14:00	7:00.16:00
	Fr	7:30-12:00	-	7:00-14:00	7:00-14:00
Kath. Kita "Nanni-Staab"	Mo-Do	7:30-12:30	14:00-16:00	-	7:30-16:00
	Fr	7:30-12:30	-		7:30-13:00
Kita diakonie "Kinderhaus Arche"	Mo-Fr	7:30-12:00	14:00-16:00	-	7:00-16:30
	Mi	7:30-12:00	-		7:30-12:00
Kita DRK "Lina-Aschoff"	Mo-Do	6:30-12:00	14:00-16:30	-	6:30-17:00
	Fr	6:30-12:00	14:00-15:30		6:30-16:00
Kita "Die Brücke"	Mo-Do	7:30-12:30	14:00-16:30	-	7:30-16:30
	Fr	7:30-12:30	-		7:30-13:15
Waldorfkindergarten	Mo-Fr.	-	-	-	7:30-16:00

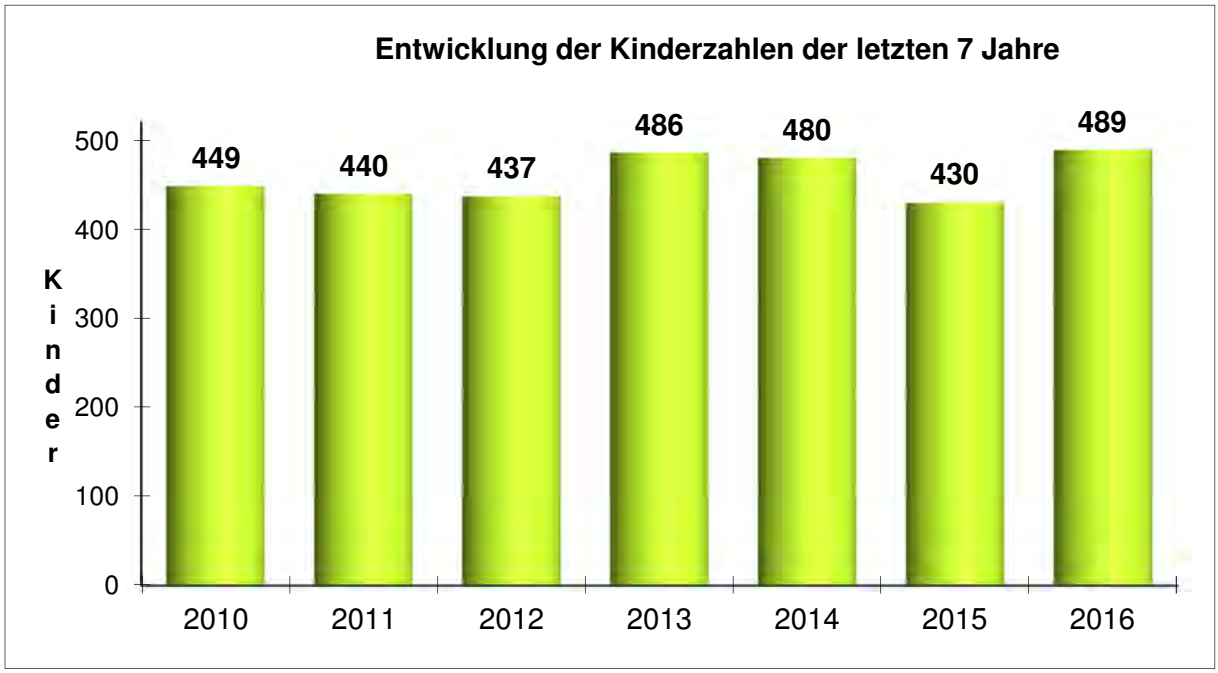
2.5 Entwicklung der Kinderzahlen der letzten 7 Jahre

Kinder, die am 31.12.2016 in der Stadt Bad Kreuznach (inklusive Bad Münster am Stein / Ebernburg) polizeilich gemeldet waren: Geburten, sowie Zuzüge und Abwanderungen

Stand: 31.12.2016

Kita-Bezirk	Geburtsjahrgänge						
	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016
Nord	70	60	49	57	63	56	69
Innenstadt	84	80	72	86	95	69	90
Ost	57	56	54	66	64	60	51
Süd	74	75	85	95	79	72	90
West	58	59	50	66	63	62	63
Planig/Ippesheim	18	21	46	29	31	20	30
Bosenheim	13	16	14	21	18	19	20
Winzenheim	40	49	39	48	34	40	39
Bad Münster	35	24	28	18	33	32	37
Summen:	**449**	**440**	**437**	**486**	**480**	**430**	**489**

Durchschnitt aller 7 Jahrgänge: **459**



3. KITA-BEZIRKE

3.1 Übersichtskarten

Nord:
Ilse-Staab
Stromberger Str.
Ev. Kita Hofgartenstr
Kath. Kita St. Nikolaus

Innenstadt:
Gensinger Straße
Ria-Liegel-Seitz
Ev. Kurhausstr.
Kath. Kita St. Josef
Städt. Kita Jungstraße
Übergang Baumgartenstr.

Ost:
Richard-Wagner-Straße
St. Franziskus
Ev. Kita Korellengarten
Kita "Die Brücke
Hermann-Rohloff
Rudolf-Diesel-Straße

Süd:
Städt. Alzeyer Straße
Ev. Mittlerer Flurweg
Kath. Kita St. Wolfgang

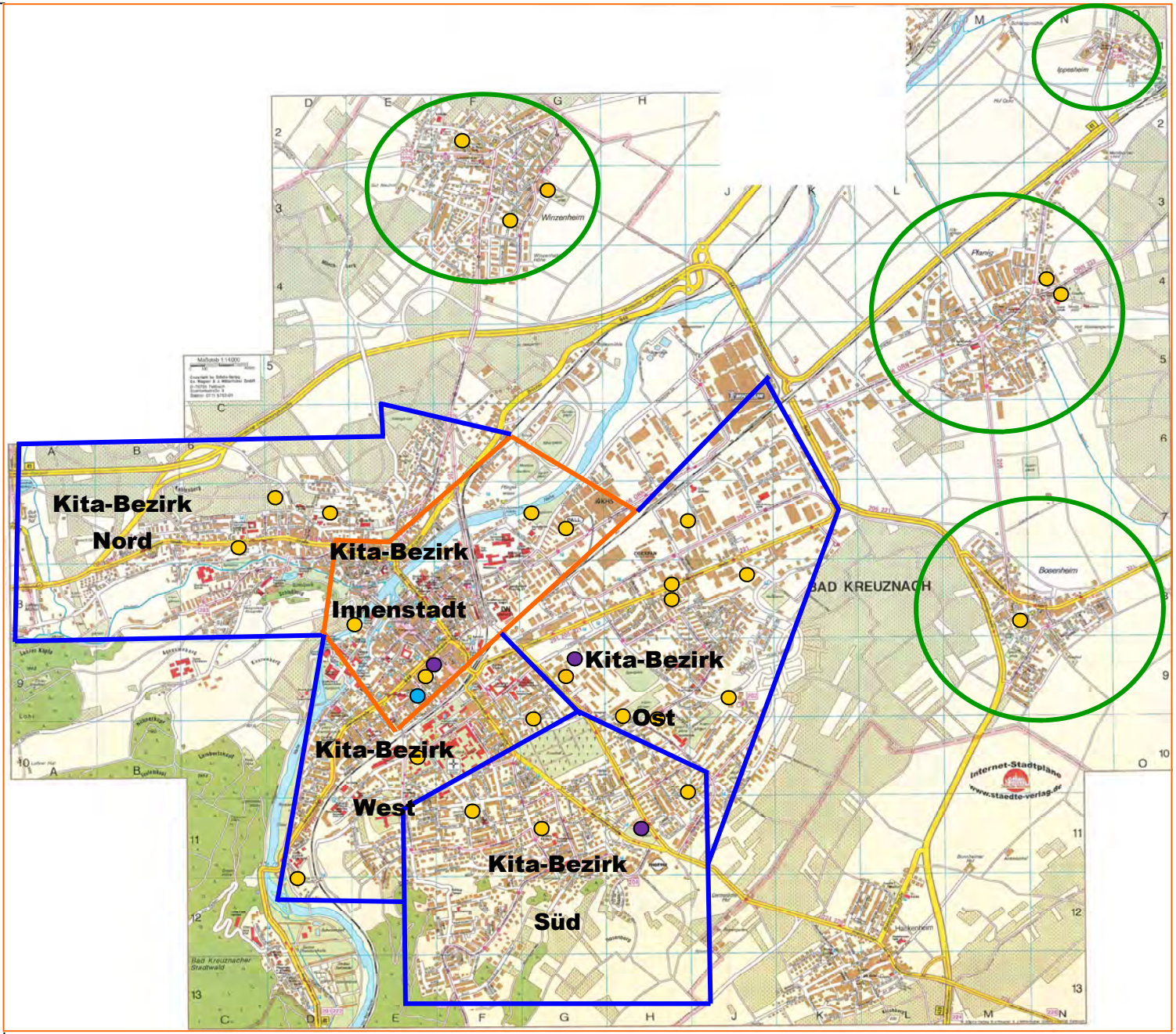
West:
Steinkaut
DRK Kita Lina Aschoff
Kinderhaus Arche

Planig/Ippesheim:
Biebelsheimer Str.
Kath. Kita St.Gordianus

Bosenheim:
Elfelder Str.

Winzenzheim:
Kendelstr.
Kath. Kita Nanni-Staab
Zur Klaster

Stadtweit:
Waldorf Kindergarten
Hannah-Arendt-Str.
Kita der Lebenshilfe



Bad Münster am Stein/Ebernburg

Städt. Kita „Kunterbunt“

Städt. Hessel-Kita

Prot. Kita Ebernburg

3.2 Einteilung der Kita-Bezirke

Kita-Bezirk	Kindertagesstätte
Nord	Städt. Kindertagesstätte Ilse-Staab
	Städt. Kita Stromberger Straße
	Ev. Kindertagesstätte Hofgartenstraße
	Kath. Kindertagesstätte St. Nikolaus
Innenstadt	Städt. Kindertagesstätte Gensinger Straße
	Städt. Kindertagesstätte Ria-Liegel-Seitz
	Städt. Kindertagesstätte Jungstraße
	Ev. Kindertagesstätte Kurhausstraße
	Kath. Kindertagesstätte St. Josef
Ost	Städt. Kindertagesstätte Richard-Wagner-Straße
	Städt. Kindertagesstätte St. Franziskus
	Ev. Kindertagesstätte Korellengarten
	Kindertagesstätte "Die Brücke"
	Städt. Kindertagesstätte „Herrmann-Rohloff“
	Städt. Kindertagesstätte Rudolf-Diesel-Straße
Süd	***Städt. Kindertagesstätte Alzeyer Straße***
	Ev. Kindertagesstätte Mittlerer Flurweg
	Kath. Kindertagesstätte St. Wolfgang
West	Städt. Kindertagesstätte Steinkaut
	DRK Kindertagesstätte "Lina Aschoff"
	Diakonie Kinderhaus Arche
Planig/Ippesheim	Städt. Kindertagesstätte Biebelsheimer Straße
	Kath. Kindertagesstätte St. Gordianus
Bosenheim	Städt. Kindertagesstätte Elfelder Straße
Winzenheim	Städt. Kindertagesstätte Kendelstraße
	Städt. Kindertagesstätte Zur Klaster
	Kath. Kindertagesstätte „Nanni-Staab“
Bad Münster am Stein/Ebernburg	Städt. Kindertagesstätte „Kunterbunt“
	Städt. Hessel-Kita
	Prot. Kita Ebernburg
Gesamtstadt	Städt. Kindertagesstätte Hannah-Arendt-Straße
	Waldorf Kindergarten
	Kindertagesstätte der Lebenshilfe
Übergangs-einrichtung	Städt. Kindertagesstätte Baumgartenstraße

4. BEDARFSERMITTLUNG

4.1 Bedarf 2017 - gesamtes Stadtgebiet

Kita-Bezirk	0 bis unter 2		Quote 25%	2 bis unter 3	Quote 90%	Bedarf U3	Plätze U3	Fehl-bed.
	2016	2015		2014				
Nord	69	56	31	63	57	88	54	-34
Innenstadt	90	69	40	95	86	125	115	-10
Ost	51	60	28	64	58	85	144	59
Süd	90	72	41	79	71	112	70	-42
West	63	62	31	63	57	88	71	-17
Planig/Ippesheim	30	20	13	31	28	40	48	8
Bosenheim	20	18	10	18	16	26	29	3
Winzenheim	39	40	20	34	31	50	58	8
Bad Münster	37	32	17	33	30	47	44	-3
Stadtweit	***(Hannah-Arendt, Waldorf und Lebenshilfe)***						42	42
Summen:	**489**	**429**	**230**	**480**	**432**	**662**	**675**	**14**
Plus Plätze in der Übergangseinrichtung:							**14**	**28**

Kita-Bezirk	3 bis unter 7				Quote 100%	Bedarf Ü 3	Plätze	Fehl-bed.
	2013	2012	2011	2010				
Nord	57	49	60	53	219	219	216	-3
Innenstadt	86	72	80	63	301	301	268	-33
Ost	66	54	56	43	219	219	297	78
Süd	95	85	75	56	311	311	201	-110
West	66	50	59	44	219	219	169	-50
Planig/Ippesheim	29	46	21	14	110	110	111	1
Bosenheim	21	14	16	10	61	61	43	-18
Winzenheim	48	39	49	30	166	166	147	-19
Bad Münster	18	28	24	26	96	96	86	-10
Stadtweit	***(Hannah-Arendt, Waldorf und Lebenshilfe)***						93	93
Summen:	**486**	**437**	**440**	**339**	**1.702**	**1.702**	**1.631**	**-71**
Plus Plätze in der Übergangseinrichtung:							**16**	**-55**

	Anzahl der Plätze		Bedarf 0-3 Jahre		Anzahl der Plätze		Bedarf 3-6 Jahre		Fehlbedarf alle Altersgruppen
	Gruppen	Betreuungs-plätze gesamt	Bedarf 0-3 Jahre	**Fehlbedarf**	Gruppen	Betreuungs-plätze gesamt	Bedarf 3-6 Jahre	**Fehlbedarf**	
Ergebnis Bezirk Nord:	2	54	88	**-34**	10	216	219	**-3**	**-37**
Ergebnis Bezirk Innenstadt:	5	115	125	**-10**	13	268	301	**-33**	**-43**
Ergebnis Bezirk Ost:	5	144	85	**59**	12	297	219	**78**	**137**
Ergebnis Bezirk Süd:	4	70	112	**-42**	9	201	311	**-110**	**-152**
Ergebnis Bezirk West:	4	71	88	**-17**	10	169	219	**-50**	**-67**
Ergebnis Planig / Ippesheim:	3	48	40	**8**	7	111	110	**1**	**9**
Ergebnis Bosenheim:	2	29	26	**3**	2	43	61	**-18**	**-15**
Ergebnis Winzenheim:	4	58	50	**8**	9	147	166	**-19**	**-11**
Ergebnis Bezirk BME	4	44	47	**-3**	6	86	96	**-10**	**-13**
Waldorf Kindergarten	1	3	0	**3**	1	22	0	**22**	**25**
städt. Kita Hannah-Arendt-Str.	2	29	0	**29**	2	41	0	**41**	**70**
Kita der Lebenshilfe	1	10	0	**10**	2	30	0	**30**	**40**
Gesamtes Stadtgebiet:	**37**	**675**	**662**	**14**	**83**	**1.631**	**1.702**	**-71**	**-58**
Übergangseinrichtung Baumgartenstraße	2	14	0	**14**	2	16	0	**16**	**30**
	2	**14**	**0**	**14**	**2**	**16**	**0**	**16**	**30**
Bedarfsdeckung mit Übergangseinrichtung				**28**				**-55**	**-28**

4.2 Bezirk Nord

Einrichtung	Gruppen Krippe	Plätze Krippe	Gruppen Kleine AM	Plätze Kleine AM	Plätze 2-3 J. Kita	gesamt U 3	Gruppen Kita	Plätze Ü 3	Plätze gesamt
Städt. Kita "Ilse Staab"	1	10	0	0	16	**26**	4	**84**	**110**
Städt. Kita Stromberger Straße	0	0	0	0	6	**6**	1	**19**	**25**
Ev. Kita Hofgartenstraße	1	10	0	0	0	**10**	2	**50**	**60**
Kath. Kita St. Nikolaus	0	0	0	0	12	**12**	3	**63**	**75**
Summe Bezirk Nord	2	20	0	0	34	**54**	10	**216**	**270**

Bedarf	0 -unter 3jährige		über 3jährige	Summe
Anzahl der Kinder	125	63	219	407
Bedarf laut Quote	**88**		**219**	**307**
Fehlbedarf	**-34**		**-3**	**-37**

4.3 Bezirk Innenstadt

Einrichtung	Gruppen Krippe	Plätze Krippe	Gruppen Kleine AM	Plätze Kleine AM	Plätze 2-3 J. Kita	gesamt U 3	Gruppen Kita	Plätze Ü 3	Plätze gesamt
Städt. Kita Gensinger Straße	1	10	1	7	12	**29**	3	**46**	**75**
Städt. Kita "Ria-Liegel-Seitz"	2	20	0	0	12	**32**	3	**56**	**88**
Städt. Kita Jungstraße	2	20	0	0	18	**38**	3	**57**	**95**
Ev. Kita Kurhausstraße	0	0	0	0	10	**10**	2	**40**	**50**
Kath. Kita St. Josef	0	0	0	0	6	**6**	3	**69**	**75**
Summe Bezirk Innenstadt	5	50	1	7	58	**115**	14	**268**	**383**

Bedarf	0 -unter 3jährige		über 3jährige	Summe
Anzahl der Kinder	159	95	301	555
Bedarf laut Quote	**125**		**301**	**426**
Fehlbedarf	**-10**		**-33**	**-43**

Veränderungen in den Einrichtungen
Durch den Neubau der städtischen Kita Jungstraße wird der bislang eklatante Fehlbedarf im Bezirk Innenstadt deutlich reduziert. Sollte die kath. Kita St. Josef mittelfristig nicht mehr nutzbar sein, muss über Alternativen für die wegfallenden Plätze nachgedacht werden. In diesem Zusammenhang kommt der Übergangseinrichtung Baumgartenstraße auch künftig eine besondere Bedeutung zu.

4.4 Bezirk Ost

Einrichtung	Gruppen Krippe	Plätze Krippe	Gruppen Kleine AM	Plätze Kleine AM	Plätze 2-3 J. Kita	gesamt U 3	Gruppen Kita	Plätze Ü 3	Plätze gesamt
Städt. Kita Richard-Wagner-Str.	1	10	0	0	12	**22**	2	**38**	60
Städt. Kita St. Franziskus	0	0	0	0	16	**16**	3	**59**	75
Städt. Kita "Hermann Rohloff"	2	20	1	7	18	**45**	3	**62**	107
Städt. Kita Rudolf-Diesel-Straße	1	10	2	14	6	**30**	2	**54**	84
Ev. Kita Korellengarten	0	0	1	7	12	**19**	2	**46**	65
Kita - Die Brücke	0	0	0	0	12	**12**	2	**38**	50
Summe Bezirk Ost	4	40	4	28	76	**144**	14	**297**	441

Bedarf	0 -unter 3jährige		über 3jährige	Summe
Anzahl der Kinder	111	64	219	394
Bedarf laut Quote	**85**		**219**	**304**
Fehlbedarf	59		78	137

4.5 Bezirk Süd

Einrichtung	Gruppen Krippe	Plätze Krippe	Gruppen Kleine AM	Plätze Kleine AM	Plätze 2-3 J. Kita	gesamt U 3	Gruppen Kita	Plätze Ü 3	Plätze gesamt
Städt. Kita Alzeyer Straße	2	20	0	0	12	**32**	4	**74**	**106**
Ev. Kita "Mittlerer Flurweg"	0	0	0	0	6	**6**	3	**54**	**60**
Ev. Kita Im Ellenfeld	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**
Kath. Kita St. Wolfgang	0	0	2	14	18	**32**	3	**73**	**105**
Summe Bezirk Süd	2	20	2	14	36	**70**	10	**201**	**271**

Bedarf	0 -unter 3jährige		über 3jährige	Summe
Anzahl der Kinder	162	79	311	552
Bedarf laut Quote	**112**		**311**	**423**
Fehlbedarf	**-42**		**-110**	**-152**

Veränderungen in den Einrichtungen
Durch den Umzug der städt. Kita Mittlerer Flurweg in den Neubau in der Alzeyer Straße und den daraufhin folgenden Umzug der Ev. Kita "Im Ellenfeld" reduziert sich die Platzzahl der evangelischen Einrichtung auf 60 Plätze (Vorher 100). Die Betriebserlaubnis wurde bereits zahlenmäßig angepasst.

4.6 Bezirk West

Einrichtung	Gruppen Krippe	Plätze Krippe	Gruppen Kleine AM	Plätze Kleine AM	Plätze 2-3 J. Kita	gesamt U 3	Gruppen Kita	Plätze Ü 3	Plätze gesamt
Städt. Kita Steinkaut	1	10	0	0	18	**28**	4	**82**	**110**
Kinderhaus Arche	2	20	0	0	0	**20**	4	**60**	**80**
DRK-Lina Aschoff	1	10	1	7	6	**23**	2	**27**	**50**
Summe Bezirk West	4	40	1	7	24	**71**	10	**169**	**240**

Bedarf	0 -unter 3jährige		über 3jährige	Summe
Anzahl der Kinder	125	63	219	407
Bedarf laut Quote	**88**		**219**	**307**
Fehlbedarf	**-17**		**-50**	**-67**

4.7 Bezirk Planig / Ippesheim

Einrichtung	Gruppen Krippe	Plätze Krippe	Gruppen Kleine AM	Plätze Kleine AM	Plätze 2-3 J. Kita	gesamt U 3	Gruppen Kita	Plätze Ü 3	Plätze gesamt
Städt. Kita Biebelsheimer Str.	0	0	2	14	12	**26**	4	**51**	**77**
Kath. Kita St. Gordianus	1	10	0	0	12	**22**	3	**60**	**82**
Summe Bezirk Planig/Ippesheim	1	10	2	14	24	**48**	7	**111**	**159**

Bedarf	0 -unter 3jährige		über 3jährige	Summe
Anzahl der Kinder	50	31	110	191
Bedarf laut Quote	**40**		**110**	**150**
Fehlbedarf	**8**		**1**	**9**

4.8 Bezirk Bosenheim

Einrichtung	Gruppen Krippe	Plätze Krippe	Gruppen Kleine AM	Plätze Kleine AM	Plätze 2-3 J. Kita	gesamt U 3	Gruppen Kita	Plätze Ü 3	Plätze gesamt
Städt. Kita Elfelder Straße	1	10	1	7	12	**29**	2	**43**	**72**
Summe Bezirk Bosenheim	1	10	1	7	12	**29**	2	**43**	**72**

Bedarf	0 -unter 3jährige		über 3jährige	Summe
Anzahl der Kinder	38	18	61	117
Bedarf laut Quote	**26**		**61**	**87**
Fehlbedarf	**3**		**-18**	**-15**

4.9 Bezirk Winzenheim

Einrichtung	Gruppen Krippe	Plätze Krippe	Gruppen Kleine AM	Plätze Kleine AM	Plätze 2-3 J. Kita	gesamt U 3	Gruppen Kita	Plätze Ü 3	Plätze gesamt
Städt. Kita Kendelstraße	0	0	2	14	0	**14**	4	**53**	**67**
Städt. Kita "Zur Klaster"	2	20	0	0	18	**38**	3	**57**	**95**
Kath. Nanni-Staab-Kita	0	0	0	0	6	**6**	2	**37**	**43**
Summe Bezirk Winzenheim	2	20	2	14	24	**58**	9	**147**	**205**

Bedarf	0 -unter 3jährige		über 3jährige	Summe
Anzahl der Kinder	79	34	166	279
Bedarf laut Quote	**50**		**166**	**216**
Fehlbedarf	**8**		**-19**	**-11**

4.10 Bezirk Bad Münster am Stein / Ebernburg

Einrichtung	Gruppen Krippe	Plätze Krippe	Gruppen Kleine AM	Plätze Kleine AM	Plätze 2-3 J. Kita	gesamt U 3	Gruppen Kita	Plätze Ü 3	Plätze gesamt
Städt. Kita "Kunterbunt"	0	0	1	7	6	**13**	2	**27**	**40**
Städt. Hessel-Kita	0	0	2	14	0	**14**	2	**16**	**30**
Prot. Kita Ebernburg	0	0	1	7	10	**17**	2	**43**	**60**
Summe Bezirk BME	0	0	4	28	16	**44**	6	**86**	**130**

Bedarf	0 -unter 3jährige		über 3jährige	Summe
Anzahl der Kinder	69	33	96	198
Bedarf laut Quote	**47**		**96**	**143**
Fehlbedarf	**-3**		**-10**	**-13**

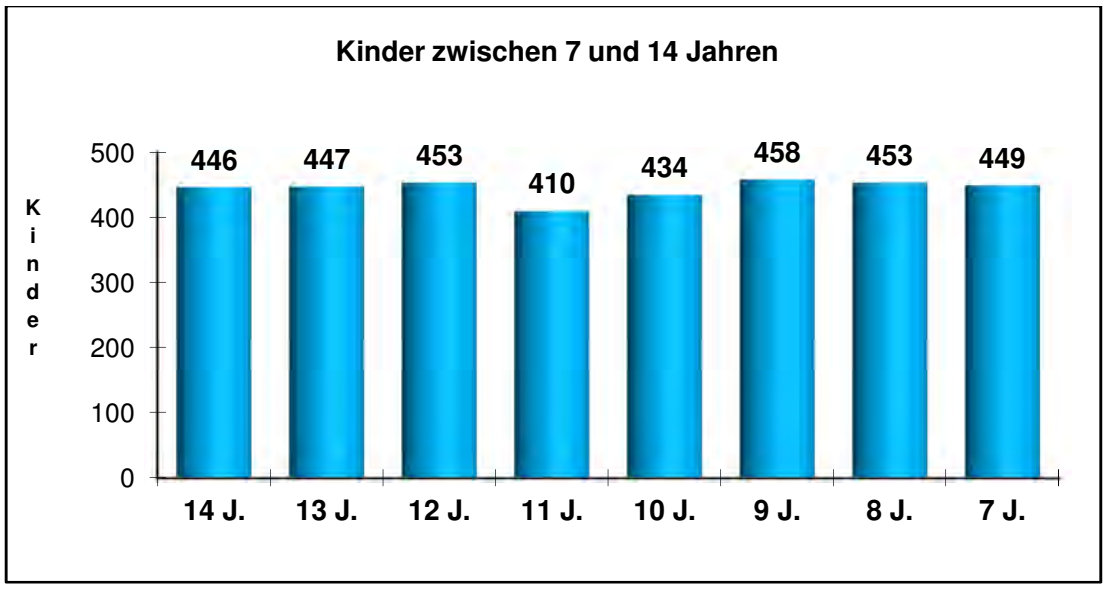
5. SCHULKINDER

5.1 Entwicklung der Kinderzahlen der Kinder im Schulalter (7-14 Jahre)

Kinder, die am 30.05.2016 in der Stadt Bad Kreuznach inklusive Bad Münster polizeilich gemeldet waren inklusive Zuzüge und Abwanderungen

Kita-Bezirk	Geburtsjahrgänge							
	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010
	14 J.	13 J.	12 J.	11 J.	10 J.	9 J.	8 J.	7 J.
Nord	50	62	46	60	58	59	56	70
Innenstadt	78	67	60	72	71	76	65	84
Ost	57	68	72	54	62	44	67	57
Süd	76	73	86	65	84	89	81	74
West	64	58	58	38	42	60	56	58
Planig/Ippesheim	32	45	33	34	27	29	33	18
Bosenheim	15	12	20	14	17	16	14	13
Winzenheim	45	40	50	34	43	48	45	40
Bad Münster	29	22	28	39	30	37	36	35
Summen:	**446**	**447**	**453**	**410**	**434**	**458**	**453**	**449**

Jahrgangsdurchschnitt aller 8 Jahrgänge: **444**



5.2 Übersicht der Kinderhorte

Einrichtung	Träger der Einrichtung	Anzahl der	
		Gruppen	Plätze
Städt. Hort "Ilse-Staab" Im Rosengarten 2 55545 Bad Kreuznach Tel. 9799120	Stadtjugendamt Hochstraße 45 55545 Bad Kreuznach Tel. 800-237	3	60
Städt. Hort Steinkaut Joseph-Schneider-Straße 17 55543 Bad Kreuznach Tel. 8963 829	Stadtjugendamt Hochstraße 45 55545 Bad Kreuznach Tel. 800-237	1	20
Städt. Hort Richard-Wagner-Straße 39a 55543 Bad Kreuznach Tel. 8963 826	Stadtjugendamt Hochstraße 45 55545 Bad Kreuznach Tel. 800-237	2	40
Städt. Hort Kendelstraße 55545 Bad Kreuznach Tel. 8963 826	Stadtjugendamt Hochstraße 45 55545 Bad Kreuznach Tel. 800-237	2	30
Kinderhaus Arche Bösgrunder Weg 8 55543 Bad Kreuznach Tel. 605-3280	Kinder- Jugend- und Familienhilfe kreuznacher diakonie Waldemarstraße 26 Tel. 605-3416	2	40
Summen:	***5 Horte***	***10***	***190***

5.3 Öffnungszeiten

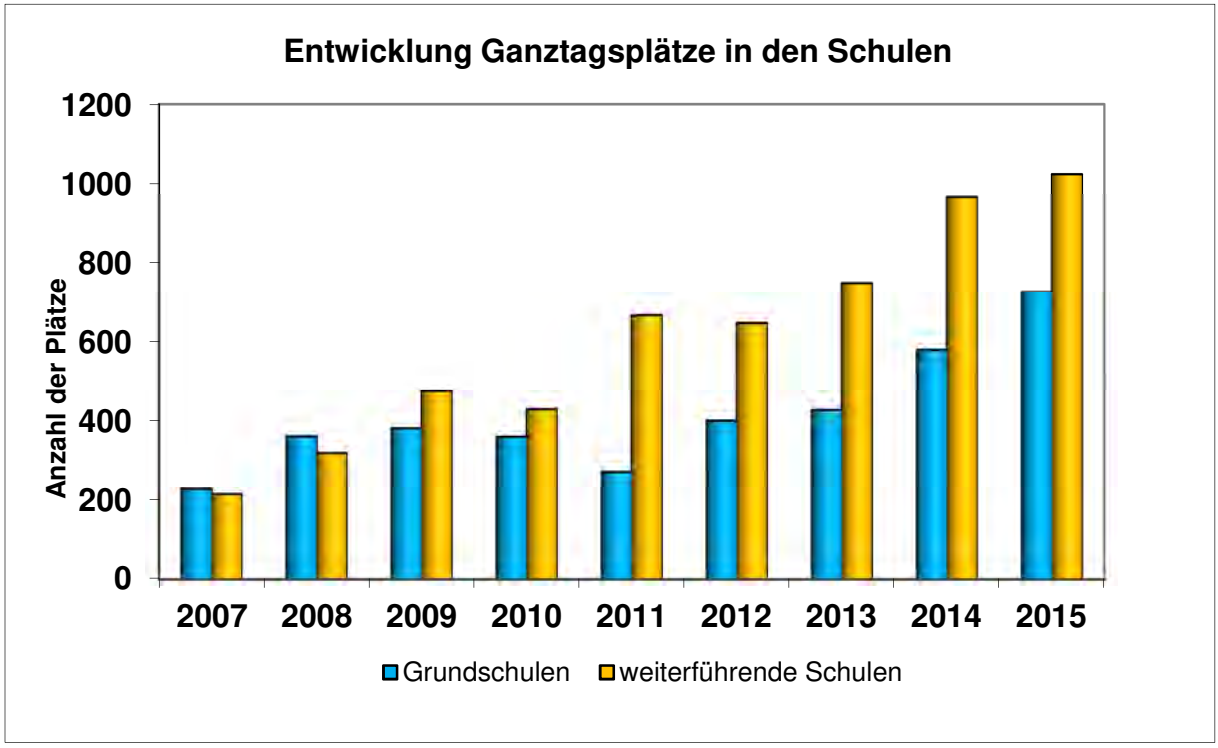
Einrichtung	Öffnungszeiten	
Hort "Ilse-Staab" - in Schulzeiten	Mo-Do	12:00-17:00
	Fr	12:00-16:00
Hort "Ilse-Staab" - in Ferienzeiten	Mo-Do	7:00-17:00
	Fr	7:00-16:00
Hort Steinkaut - in Schulzeiten	Mo-Do	8:00-16:45
	Fr	8:00-15:45
Hort Steinkaut - in Ferienzeiten	Mo-Do	7:00-16:45
	Fr	7:00-15:45
Hort Richard-Wagner-Straße	Mo-Fr	7:30-17:00
Hort Kendelstraße	Mo-Fr	07:30–16:30
Hort Kinderhaus Arche	Mo-Do	8:00-17:00
	Fr	8:00-16:30

5.4 Ganztagsplätze in Schulen

In Bad Kreuznach besteht an folgenden Schulen ein Ganztagsangebot:

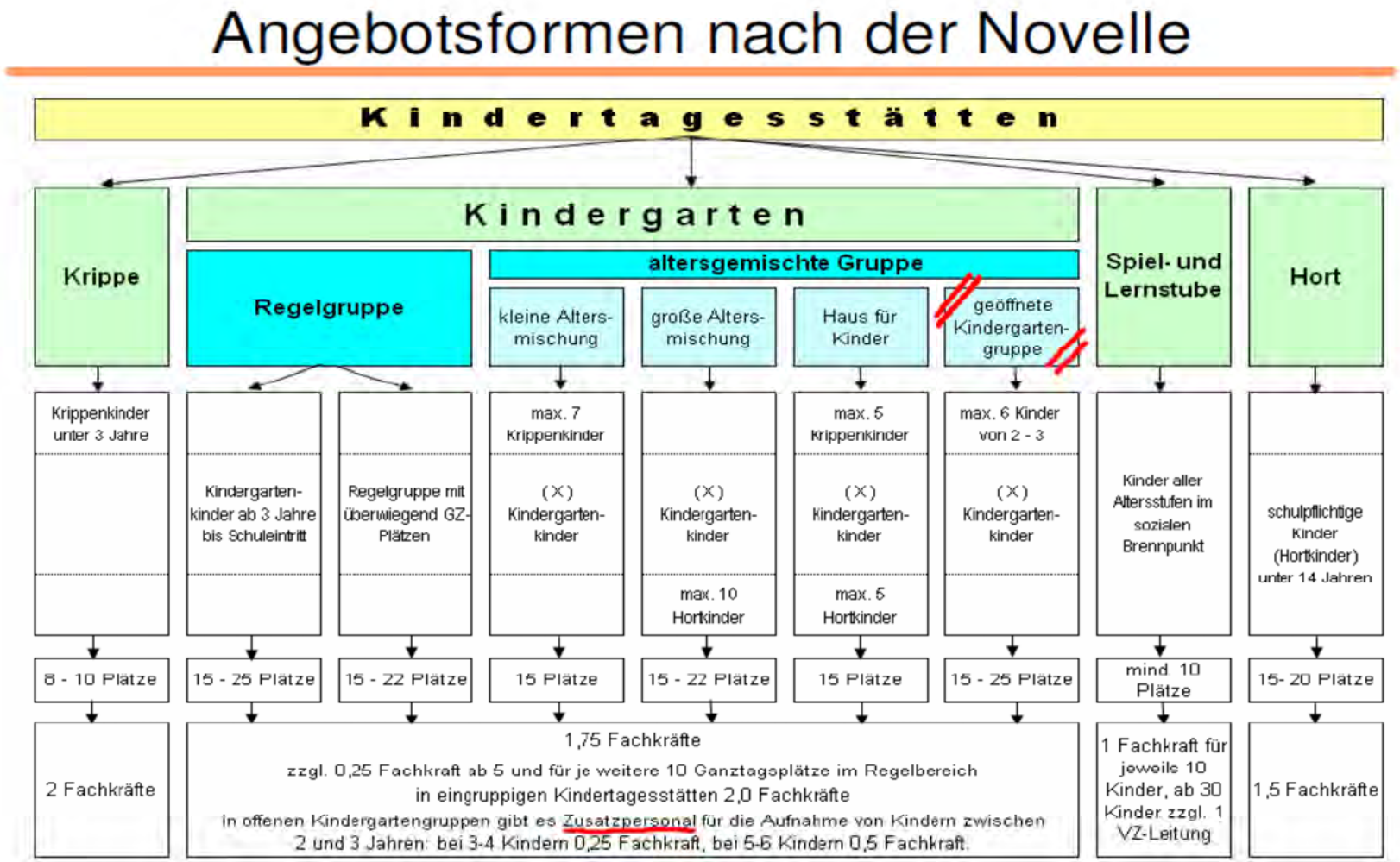
Dr. Martin-Luther-King Grundschule	mit	Plätzen
Grundschule Kleiststraße	mit	Plätzen
Grundschule Hofgartenstraße	mit	Plätzen
Grundschule Planig / Bosenheim	mit	Plätzen
Grundschule BME	mit	Plätzen
IGS Sophie Sondhelm	mit	Plätzen
Crucenia Realschule Plus	mit	Plätzen und
Gymnasium am Römerkastell	mit	Plätzen

Somit sind im Grundschulbereich Kinder und im Bereich der weiterführenden Schulen Schülerinnen und Schüler für den Ganztagsbetrieb angemeldet. Insgesamt nehmen im Schuljahr 2015/2016 also Schulkinder einen Ganztagsplatz in Anspruch.

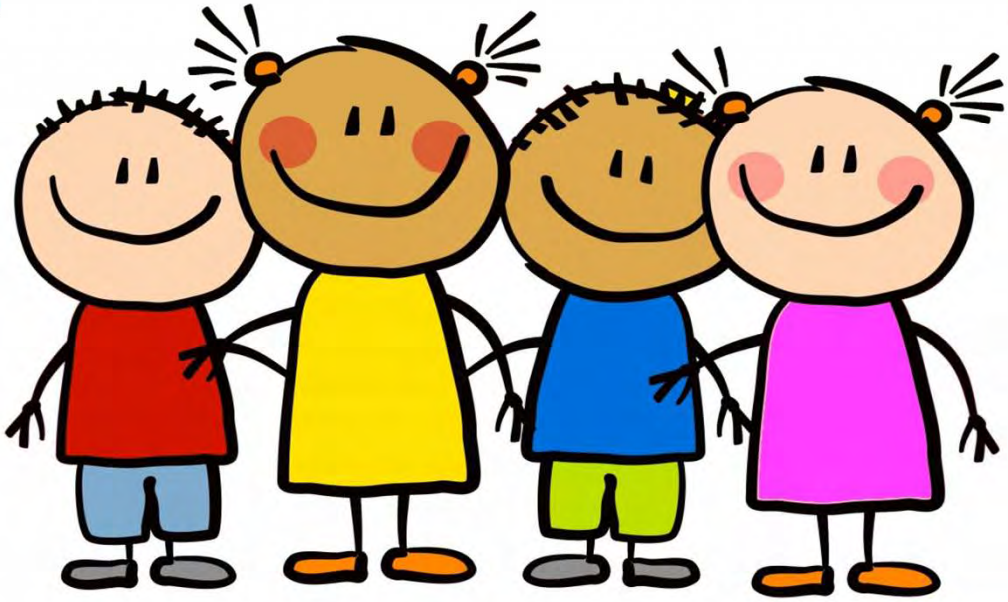


Anhang:

III.3. Übersicht: Angebotsformen nach der Novelle



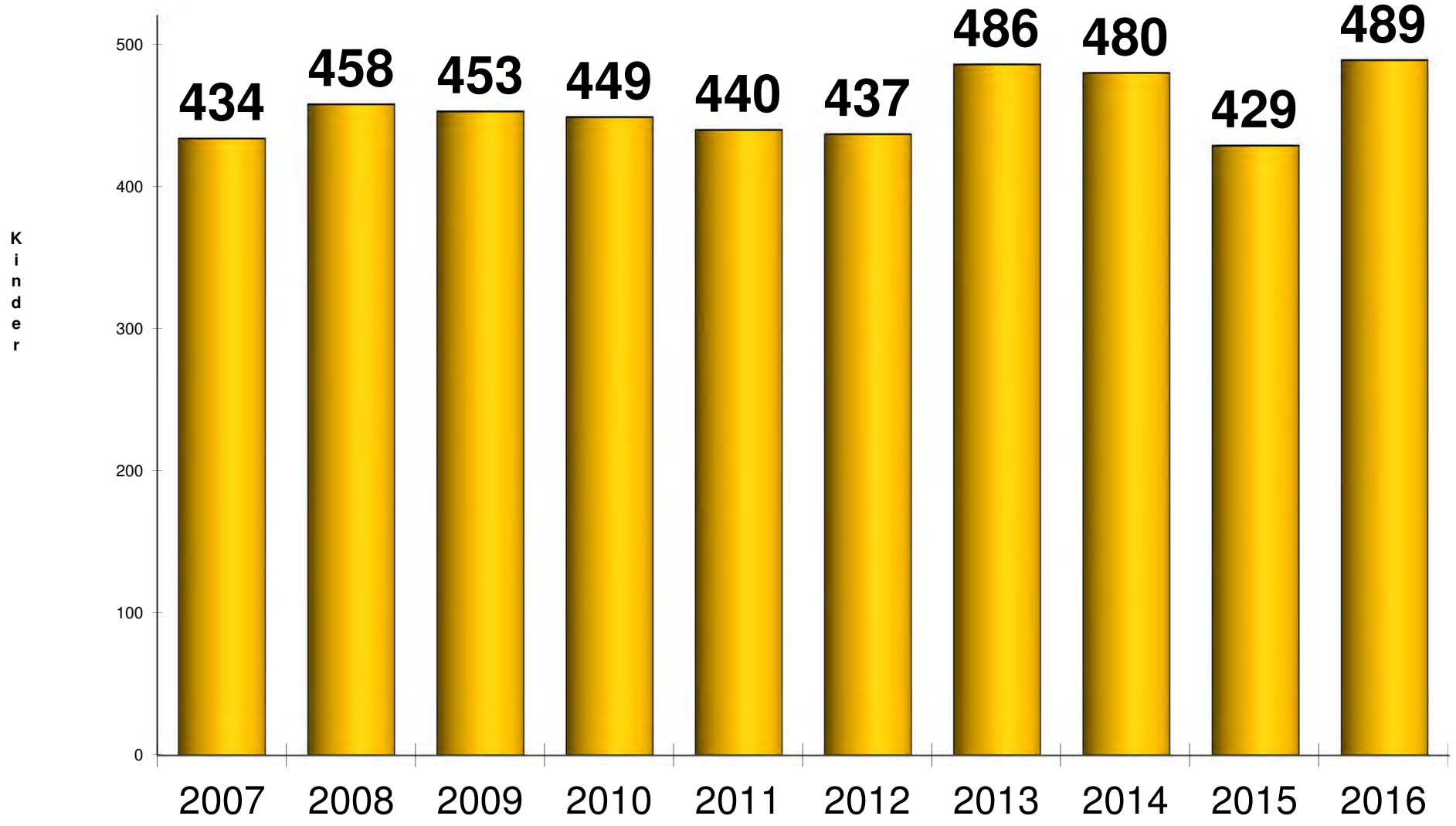
Kita-Bedarfsplan



Fortschreibung 2017

STADTVERWALTUNG
BAD KREUZNACH
AMT FÜR KINDER UND JUGEND

Entwicklung der Kinderzahlen der letzten 10 Jahre



Bitte beachten Sie:

- Der Kita Bedarfsplan bildet Planungsperspektiven ab. Es sind also auch Einrichtungen in 2017 mit eingerechnet, die sich derzeit noch in Bau oder Planung befinden. Ein Teil dieser Einrichtungen wird erst in 2018 Kinder aufnehmen!
- Mit berücksichtigt ist der Umzug der städt. Kita Mittlerer Flurweg in den geplanten Ersatzbau Alzeyer Straße sowie der Umzug der ev. Kita „Im Ellenfeld“ in die dann frei werdenden Räumlichkeiten im Mittleren Flurweg.
- Angesichts der geplanten Neubauten und Umzüge kommt den Übergangseinrichtungen auch in den nächsten Jahren eine zentrale Bedeutung zu.
- Der Neubau der Lebenshilfe ist nunmehr beim Land beantragt und wir somit wieder mit 40 Plätzen im Bedarfsplan ausgewiesen.

Bitte beachten Sie:

- Durch den Neubau der städtischen Kita Jungstraße wird der bislang eklatante Fehlbedarf im Bezirk Innenstadt deutlich reduziert. Sollte die kath. Kita St. Josef mittelfristig nicht mehr nutzbar sein, muss über Alternativen für die wegfallenden Plätze nachgedacht werden. In diesem Zusammenhang kommt der Übergangs-einrichtung Baumgartenstraße auch künftig eine besondere Bedeutung zu.

- Ein <u>dauerhafter</u> Rückgang der Kinderzahlen ist nicht zu erwarten.

- Ebenfalls anzunehmen ist, dass mit Fertigstellung der Bauabschnitte unserer Neubaugebiete weitere Zuzüge von Familien mit Kindern erfolgen.

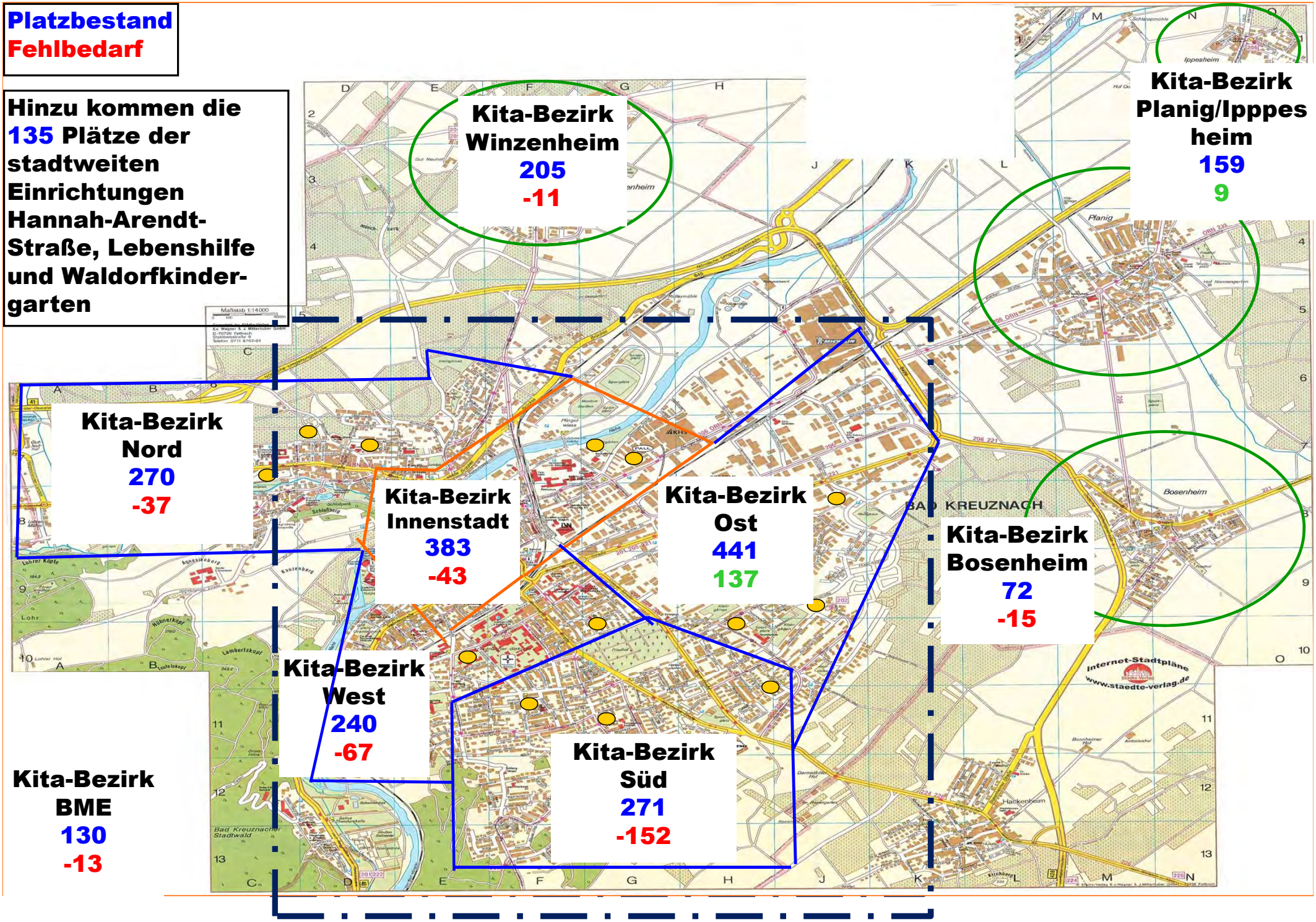
Fehlbedarf gesamte Stadt – inklusive der Neubauten Innenstadt, Kita der Lebenshilfe, Ersatzbau Alzeyer Straße sowie des Waldorf-Kindergartens

- ohne Übergangseinrichtungen -

	Anzahl der Plätze		Bedarf 0-3 Jahre		Anzahl der Plätze		Bedarf 3-6 Jahre		Fehl-bedarf alle Alters-gruppen
	Gruppen	Betreuungs-plätze gesamt	Bedarf 0-3 Jahre	Fehl-bedarf	Gruppen	Betreuungs-plätze gesamt	Bedarf 3-6 Jahre	Fehl-bedarf	
Ergebnis Bezirk Nord:	2	54	88	-34	10	216	219	-3	-37
Ergebnis Bezirk Innenstadt:	5	115	125	-10	13	268	301	-33	-43
Ergebnis Bezirk Ost:	5	144	85	59	12	297	219	78	137
Ergebnis Bezirk Süd:	4	70	112	-42	9	201	311	-110	-152
Ergebnis Bezirk West:	4	71	88	-17	10	169	219	-50	-67
Ergebnis Bezirk Planig / Ippesheim:	3	48	40	8	7	111	110	1	9
Ergebnis Bezirk Bosenheim:	2	29	26	3	2	43	61	-18	-15
Ergebnis Bezirk Winzenheim:	4	58	50	8	9	147	166	-19	-11
Ergebnis Bezirk BME	4	44	47	-3	6	86	96	-10	-13
Waldorf Kindergarten	1	3	0	3	1	22	0	22	25
städt. Kita Hannah-Arendt-Str.	2	29	0	29	2	41	0	41	70
Kita der Lebenshilfe	1	10	0	10	2	30	0	30	40
Gesamtes Stadtgebiet:	**37**	**675**	**662**	**14**	**83**	**1.631**	**1.702**	**-71**	**-58**

Platzbestand
Fehlbedarf

Hinzu kommen die 135 Plätze der stadtweiten Einrichtungen Hannah-Arendt-Straße, Lebenshilfe und Waldorfkinder-garten



Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

Stadtverwaltung Bad Kreuznach

Beschlussvorlage

[X] öffentlich [ ] nichtöffentlich

Amt/Aktenzeichen	Datum	Drucksache Nr. (ggf. Nachträge)
Amt für Kinder und Jugend	24.03.2017	17/

Beratungsfolge	Sitzungstermin
Jugendhilfeausschuss	05.04.2017

Betreff

Neue Förderung Ferienbetreuung für Schulkinder Top 8

Beschlussvorschlag

Der Jugendhilfeausschuss beauftragt die Verwaltung, den beiliegenden Brief an das Jugend- und Bildungsministerium zu versenden.

Beratung/Beratungsergebnis

Gremium	Sitzung am	TOP
Jugendhilfeausschuss	05.04.2017	8

Beratung

Beratungsergebnis

[ ] Einstimmig	[ ] Mit Stimmenmehrheit	Ja	Nein	Enthaltung	[ ] Laut Beschlussvorschlag	[ ] Abweichender Beschluss (Rückseite)

Beschlussausfertigungen an:

Problembeschreibung/Begründung

Die Landesregierung hatte sich im Jahr 2005 entschlossen, Maßnahmen der Ferienbetreuung stärker zu fördern. Das speziell dazu aufgelegte Programm legt die Förderkriterien fest. Nach inzwischen über 10 Jahren hat das Bildungsministerium Veränderungswünschen Rechnung getragen und nun ein neues Programm „Landesförderung der Ferienbetreuung“ für Schulkinder mit Schreiben vom 20. Februar 2017 aufgelegt. Wichtigstes Kriterium bei der Förderung ist: Betreuungsangebote in ausreichendem Umfang zu schaffen, die sich an den Bedürfnissen und Interessen von schulpflichtigen Kindern und Jugendlichen orientieren. Eltern sollen sich darauf verlassen können, dass ihre Kinder gut betreut sind. Dabei spielt auch die angemessene Elternbeteiligung unter Berücksichtigung sozialer Komponenten eine zentrale Rolle.

Der Ministerrat hatte am 15. November 2016 beschlossen, im Entwurf des Haushaltsplanes für 2017 eine Fördersumme von 750.000 Euro und für 2018 eine Fördersumme von 1 Mio. Euro aufzunehmen. Ein entsprechender Beschluss des Haushaltsgesetzgebers im März 2017 vorausgesetzt, stehen jedem Jugendamt künftig wesentlich mehr Mittel zur Verfügung als in der Vergangenheit. Dem Jugendamt der Stadt Bad Kreuznach werden demnach eine Förderung bis zu einer Höhe von 12.892,50 Euro zur Verfügung stehen.

Als Anlage 1 fügen wir das Schreiben des Bildungsministeriums bei.

Ebenso fügen wir als Anlage 2 die konkreten Hinweise, u. a. zum Antragsverfahren, zur Frist für die Beantragung (15. Juni 2017), zum Finanzierungsplan, zu den Voraussetzungen für den Mittelabruf und zur Gestaltung der Verwendungsnachweise seitens des Ministeriums bei.

Aufgrund dieser neuen Verfahrensweise wurde im Vorfeld der Sitzung der beiliegende Brief an die beiden Ministerinnen verfasst, um hier auf die Schwierigkeit von zwei parallel laufenden Förderprogrammen mit unterschiedlichen Antragsverfahren und Handlungsoptionen hinzuweisen. Der Kreisjugendhilfeausschuss hat in seiner Sitzung vom 09. März 2017 sich ebenfalls mit dem Brief an die beiden Ministerinnen befasst und diesen an die beiden Ministerien versandt.

Als Anlage 3 fügen wir den Briefentwurf für das Bildungsministerium und das Jugendministerium bei und bitten den Jugendhilfeausschuss um Zustimmung zum Versandt der Anschreiben.

Anlagen

Sichtvermerke der Dezernenten:	Sichtvermerk des Oberbürgermeisters:	Sichtvermerke: Rechtsamt: Kämmereiamt:

RheinlandPfalz
MINISTERIUM FÜR BILDUNG

Ministerium für Bildung | Postfach 32 20 | 55022 Mainz

Frau Oberbürgermeisterin
Dr. Heike Kaster-Meurer
Stadtverwaltung Bad Kreuznach
Hochstraße 45
55545 Bad Kreuznach

DIE MINISTERIN

Mittlere Bleiche 61
55116 Mainz
Telefon 06131 16-0
Telefax 06131 16-41 10
ministerinbuero@bm.rlp.de
www.bm.rlp.de

20. Feb. 2017

Mein Aktenzeichen	Ihr Schreiben vom	Ansprechpartner/-in / E-Mail	Telefon / Fax
51 279-2/38		Tina Wittmeier	06131 16-2894
Bitte immer angeben!		tina.wittmeier@bm.rlp.de	06131 16-17-2894

Landesförderung der Ferienbetreuung für Schulkinder

Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin,

mit sehr viel Engagement hat Ihr Jugendamt in der Vergangenheit dafür gesorgt, dass Angebote zur Betreuung von Schulkindern in den Ferien geschaffen und ausgebaut wurden. Der Einsatz des Jugendamtes in diesem Bereich ist bei den Eltern anerkannt. Dies belegen auch die Teilnehmerzahlen in den Rückmeldungen zur parlamentarischen Anfrage im Oktober 2016. Für die Mitwirkung des Jugendamtes bei der Beantwortung dieser Anfrage und das außergewöhnliche Engagement in der Ferienbetreuung möchte ich Ihnen herzlich danken.

Ich weiß, dass die vom Jugendamt organisierten oder geförderten Maßnahmen ein sehr breites Angebot abdecken. Dieses wird ergänzt durch Maßnahmen einer Vielzahl unterschiedlicher Akteure, die es sich seit vielen Jahren zur Aufgabe machen, Familien zu unterstützen. Die Akteure werden häufig finanziell aus dem Haushalt des Jugendamtes unterstützt.

Die Landesregierung hatte sich im Jahr 2005 entschlossen, Maßnahmen der Ferienbetreuung stärker zu fördern. Das speziell dazu aufgelegte Programm legte die Förderkriterien fest. Nach inzwischen über 10 Jahren waren wir für Veränderungswünsche offen, die aus den Jugendämtern gerade im vergangenen Jahr an uns herangetragen wurden. In den Gesprächen mit den kommunalen Spitzenverbänden und den Arbeitsgemeinschaften der Jugendämter wurden die Details zu den neuen Förderkriterien abgestimmt.

Tag der Deutschen Einheit
Mainz
2.–3. Oktober 2017

Wichtiges Kriterium der Förderung ist, Betreuungsangebote in ausreichendem Umfang zu schaffen, die an den Bedürfnissen und Interessen von schulpflichtigen Kindern und Jugendlichen orientiert sind. Eltern sollen sich darauf verlassen können, dass ihre Kinder gut betreut sind. Dabei spielt auch die angemessene Elternbeteiligung unter Berücksichtigung sozialer Komponenten eine zentrale Rolle. Das war für die Träger von Betreuungsangeboten schon bisher ein wichtiges Kriterium. Entscheidend ist auch die nach entsprechender Evaluation gegebenenfalls notwendige Weiterentwicklung bereits bestehender Angebote.

Ich bin überzeugt, dass das neue Förderprogramm zu Verbesserungen in der Ferienbetreuung für Schulkinder führen wird.

Der Ministerrat hatte am 15. November 2016 beschlossen, im Entwurf des Haushaltsplans für 2017 eine Fördersumme von 750.000 Euro und für 2018 eine Fördersumme von 1 Mio. Euro aufzunehmen. Ein entsprechender Beschluss des Haushaltsgesetzgebers im März 2017 vorausgesetzt, stehen jedem Jugendamt künftig wesentlich mehr Mittel zur Verfügung als in der Vergangenheit.

Liegt der Beschluss des Haushaltsgesetzgebers vor, kann Ihr Jugendamt eine Zuwendung bis zu einer Höhe von

12.892,50 Euro

beantragen. Die Anlage enthält konkrete Hinweise, u.a. zum Antragsverfahren, zur Frist für die Beantragung (15. Juni 2017), zum Kosten- und Finanzierungsplan, zu den Voraussetzungen für den Mittelabruf und zur Gestaltung der Verwendungsnachweise.

Abschließend möchte ich noch darauf hinweisen, dass es unser Bestreben ist, die im Land vorhandenen Ferienbetreuungsangebote auf einer Homepage zusammenzuführen. Über geeignete Lösungen wird sich eine Arbeitsgruppe austauschen, die noch zu gründen ist und an der selbstverständlich auch Vertreterinnen und Vertreter aus den Jugendämtern beteiligt sein sollten.

Wenn Ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter Fragen zum Inhalt meines Schreibens haben, können Sie sich gerne an die zuständige Referentin Frau Wittmeier (Tel.: 06131/16-2894, E-Mail: tina.wittmeier@bm.rlp.de) oder die Sachbearbeiterin Frau Kunz (Tel.: 06131/16-4580, E-Mail: angelika.kunz@bm.rlp.de) wenden. Gerne kann das Jugendamt auch Anregungen geben und Vorschläge machen, wenn es um die Evaluation des ersten Haushaltsjahres nach dem Start des neuen Förderprogramms geht.

Mit freundlichen Grüßen

Dr. Stefanie Hubig

Anlagen

Hinweise zur Förderung der Ferienbetreuung für Schulkinder im Haushaltsjahr 2017

1. Zweck der Förderung

Mit dem Förderprogramm zur Ferienbetreuung von Schulkindern werden die Jugendämter dabei unterstützt, entsprechende Maßnahmen zu organisieren. Wichtig ist ein passgenaues, familienunterstützendes Angebot zu erhalten und gegebenenfalls auszubauen. Die bisher erreichte Qualität der Angebote soll gesichert und bedarfsgerecht weiterentwickelt werden. Eltern sollen sich darauf verlassen können, dass ihre Kinder gut betreut sind. Eltern können angemessen beteiligt werden. Dabei sind soziale Aspekte zu berücksichtigen.

Bei der Verwendung der Mittel sind die einschlägigen Bestimmungen des § 44 LHO und die hierzu geltenden Verwaltungsvorschriften zu beachten.

Um eine Umsetzung der Ferienbetreuung zu ermöglichen, die den Bedürfnissen und Interessen der Familien und der Schulkinder in der Region Rechnung trägt, bleibt die konkrete Gestaltung der Maßnahmen sowie die Auswahl geeigneter Träger in der Hand der Jugendämter. Gefördert werden können beispielsweise auch Maßnahmen, die einen Tag oder mehrere Tage dauern (mit und ohne Übernachtung), die innerhalb oder außerhalb des Zuständigkeitsbereichs des Jugendamtes durchgeführt werden und Angebote, die das Jugendamt selbst durchführt oder die von anderen Trägern durchgeführt werden. Möglich ist ebenfalls, dass mehrere Jugendämter gemeinsam ihre Mittel für übergreifende Maßnahmen einsetzen, die von Kindern ihres Zuständigkeitsbereichs besucht werden können.

Zur Finanzierung können auch weitere Landesmittel eingesetzt werden, beispielsweise aus anderen Förderprogrammen, jedoch bis maximal zur Höhe der Gesamtkosten. Dies gilt allerdings nicht, wenn für die Maßnahme eine Landesförderung nach dem Landesgesetz zur Förderung der Jugendarbeit und Jugendsozialarbeit (Jugendförderungsgesetz – JuFöG) in Anspruch genommen wird. Hier ist nach Nr. 1.3 der VV-JuFöG der Einsatz weiterer Landesmittel im Regelfall ausgeschlossen.

2. Verteilungsschlüssel

Der Verteilungsschlüssel wurde mit den kommunalen Spitzenverbänden und den Leitern der Arbeitsgemeinschaften der Jugendämter abgestimmt. Danach wird das bisherige Förderbudget von 7.400 Euro pro Jugendamt ergänzt durch eine Summe, die unter Berücksichtigung der Zahl der in einem Jugendamtsbezirk wohnenden 6- bis einschließlich 13-jährigen Kindern berechnet wird. Für die Berechnung ist der Anteil an der entsprechenden Gesamtzahl von Kindern dieser Altersgruppe in Rheinland-Pfalz entscheidend.

Die Zahlen wurden der amtlichen Bevölkerungsstatistik für das Jahr 2015 entnommen (Stichtag 31. Dezember 2015). Die Bevölkerungsstatistik für das Jahr 2016 steht erst im Sommer 2017 zur Verfügung und wird als Grundlage für die Berechnung im kommenden Jahr verwendet.

3. Hinweise zum Förderverfahren nach § 44 LHO

a) Antrag auf Gewährung der Zuwendung

Der Antrag auf Förderung von Ferienbetreuungsmaßnahmen soll bis spätestens 15. Juni 2017 eingereicht werden.

Zur einfacheren Beantragung haben wir ein Formblatt für das Antragsschreiben entwickelt (s. Anlage 1). Dieses bitten wir inklusive Anlage (Kosten- und Finanzierungsplan, Anlage 2) entsprechend auszufüllen und zu unterzeichnen. Damit diese Dokumente bearbeitet werden können, werden wir Ihnen diese in den nächsten Tagen per E-Mail zukommen lassen.

Adressat des Antragsschreibens und der Anlage ist die

Aufsichts- und Dienstleistungsdirektion
Abteilung 2 – Kommunale und Hoheitliche Aufgaben, Soziales
Referat 24, Soziales, Jugend, Familie und Flüchtlingswesen
Willy-Brandt-Platz 3
54290 Trier

Auf der Grundlage der Angaben im Kosten- und Finanzierungsplan ergeht ein Zuwendungsbescheid über die beantragte Gesamtsumme für das Jahr 2017. Änderungen und Ergänzungen bezüglich der Planungsdaten sind möglich (beispielsweise durch die Umsetzung ergänzender oder ersetzender Veranstaltungen). Entscheidend ist, dass die Mittel für den gleichen Zweck verwendet werden.

b) Abruf und Auszahlung der Mittel

Im Zuwendungsbescheid werden Hinweise zum Verfahren beim Mittelabruf gegeben. Ein Formblatt wird dem Zuwendungsbescheid beigefügt sein.

Auf einen wichtigen Termin wird schon jetzt hingewiesen: Werden die Mittel nicht bis zum 01. Dezember 2017 abgerufen, verfallen sie. Eine Übertragung von nicht abgerufenen Mitteln in das Haushaltsjahr 2018 ist nicht möglich.

Für den Mittelabruf ist von zentraler Bedeutung, dass die Mittel nach Überweisung auf das Konto des Zuwendungsempfängers innerhalb von zwei Monaten verbraucht werden (Nr. 7.2 der VV zu § 44 LHO (Teil II)). Sofern Ferienbetreuungsmaßnahmen in den Oster-, Sommer- und Herbstferien durchgeführt werden, erfolgt der Mittelabruf in der Regel in Teilbeträgen.

Zur Bestreitung zurückliegender Verbindlichkeiten im Haushaltsjahr 2017 wird für die in diesem Jahr durchgeführten Maßnahmen eine Ausnahme gemäß Ziffer 1.3 der VV zu § 44 LHO (Teil II) zugelassen. Dies bedeutet, dass mit der Umsetzung der Maßnahmen schon begonnen werden kann, bevor der Bewilligungsbescheid vorliegt. Durch die Gewährung des vorzeitigen Maßnahmebeginns wird kein Rechtsanspruch auf Bewilligung bzw. Auszahlung eines Zuschusses begründet.

c) Weiterleitung der Zuwendung

Die Zuwendung kann ganz oder teilweise weitergeleitet werden. Durch die zweckbestimmte Weitergabe erfüllt der Erstempfänger den Zuwendungszweck. Dabei sind die Vorgaben nach der VV zu § 44 LHO Teil II Nr. 12.2.8 zu beachten.

d) Verwendungsnachweis

Für die Vorlage des Verwendungsnachweises gilt – wie bisher – eine Frist. Diese endet am 01. Dezember 2017.

Grundlage des Verwendungsnachweises sind die aus dem Kosten- und Finanzierungsplan verwendeten und gegebenenfalls fortzuschreibenden Daten. Zur einfacheren Fortschreibung haben wir die Excel-Datei des Kosten- und Finanzierungsplans so gestaltet, dass diese sich mit einem Klick vom Kosten- und Finanzierungsplan auf den Verwendungsnachweis umstellen lässt. Dazu ist lediglich im Titelfeld statt „Kosten- und Finanzierungsplan“ der Titel „Verwendungsnachweis“ auszuwählen.

Anlage 3

DER OBERBÜRGERMEISTER DER STADT BAD KREUZNACH

06. April 2017

Ministerium für Bildung
des Landes Rheinland-Pfalz
Mittlere Bleiche 61

55116 Mainz

Sehr geehrte Frau Hubig,
sehr geehrte Frau Spiegel,

wir wenden uns im Auftrag des Jugendhilfeausschusses der Stadt Bad Kreuznach mit einem Anliegen an Sie. Der Jugendhilfeausschuss begrüßt die Bereitschaft des Landes Rheinland-Pfalz, mehr Mittel für die Ferienbetreuung zur Verfügung zu stellen.
Leider machen die zusätzlichen Mittel durch das Land das jugendhilfepolitische Wirken auf der kommunalen Ebene nicht einfacher. Das Stadtjugendamt Bad Kreuznach kommt durch die erhöhte Mittelzuweisung des Bildungsministeriums durch das Programm „Ferienbetreuung von Schulkindern" in eine ausgesprochen schwierige Situation. Die daraus entstehenden Probleme wurden bei der Vorstellung der Fördermöglichkeiten in der Sitzung des Stadtjugendhilfeausschusses am 05. April 2017 deutlich. Der Stadtjugendhilfeausschuss hat deshalb nach eingehender Diskussion beschlossen, Ihnen diese Probleme mitzuteilen. Wir bitten Sie durch die Klärung zwischen dem Jugend- und dem Bildungsministerium eine Förderung für die Kommunen zu schaffen, der weniger Verwaltungsaufwand sowohl für die Kommune als auch für die Freien Träger nach sich zieht.

Prinzipiell bestehen zwei verschiedene Fördermöglichkeiten für Ferienbetreuungen schon seit mehreren Jahren. Auf der konkreten Handlungsebene musste das Jugendamt schon jetzt öffentliche und Freie Träger darin beraten, welches der verschiedenen Landesprogramme als Förderung in Frage kam. Bislang besteht die Möglichkeit einer Förderung entweder durch die

- Landesförderung nach dem Landesgesetz zur Förderung der Jugendarbeit und Jugendsozialarbeit (Jugendförderungsgesetz – JuFöG - Soziale Bildung) oder nach der Möglichkeit
- Ferienbetreuung von Schulkindern.

Da alle Schulkinder natürlich auch Kinder und Jugendliche im Sinne der VV-JuFöG sind, besteht und bestand ein Konkurrenzverhältnis zwischen den beiden Fördersystemen, denn eine gleichzeitige Förderung durch beide Programme ist ausgeschlossen.

Postanschrift: Postfach 563 · 55529 Bad Kreuznach · Telefon 0671/800 200 · Fax 800 345

Die einfache und unkomplizierte Förderung nach der VV-JuFöG erfolgt direkt über das Landesjugendamt bzw. den Landesjugendring. Dazu werden die von den Teilnehmenden unterschriebenen Antragsformulare von den Trägern spätestens 2 Monate nach der Maßnahme eingereicht.
Es besteht keine Notwendigkeit die Maßnahme im Vorfeld anzuzeigen oder mit einem Finanzierungsplan zu beantragen. Die kommunalen Jugendämter sind nur in Ausnahmefällen in die Beantragung eingebunden. Die Zuschusshöhe von zurzeit 2 Euro pro Tag und TeilnehmerIn ist gesichert und kann folglich von den jeweiligen MaßnahmeträgerInnen gut kalkuliert werden.

Die ausgezahlten Förderbeträge in der „Ferienbetreuung von Schulkindern" waren in der Vergangenheit in der Stadt und im Landkreis Bad Kreuznach annähernd gleich. Im Landkreis wurden in den letzten Jahren statt der maximalen Förderhöhe von 5 Euro zwischen 1,68 Euro und 2,03 Euro an realem Zuschuss pro Tag und TeilnehmerIn gewährt. Daraus resultierte schon in der Vergangenheit eine leichte Besserstellung der Maßnahmen, die durch das Programm „Ferienbetreuung von Schulkindern" gefördert wurden.

Bislang und wohl auch in Zukunft handelt es sich bei dem Förderprogramm „Ferienbetreuung für Schulkinder" um eine Leistung, die im Sinne des KJHG gewährt wird.
Nach § 4 KJHG besteht die Notwendigkeit - gerade bei der Zielsetzung zusätzlicher Angebote - auch alle freien Träger über die Fördermöglichkeiten zu informieren und entsprechend dem Subsidiaritätsprinzip zu verfahren.
Im Bewilligungsverfahren sind bei der Förderung nach §74 KJHG gleiche Grundsätze und Maßstäbe bei den AntragstellerInnen anzulegen.

In der Praxis der Förderung durch das Jugendamt der Stadt bzw. des Landkreises Bad Kreuznach hat es sich in der Vergangenheit bewährt, keine Projektförderung mit der Konsequenz der Besserstellung einzelner Maßnahmen, sondern eine Regelförderung bei gleichartigen Maßnahmen in der Förderung anzustreben. Werden diese 3 Kriterien zugrundegelegt und beide Förderprogramme in den Blick genommen, so bewirkt dies zwangsläufig, dass die Förderung auf kommunaler Ebene Probleme mit sich bringt.

1. Die Förderung nach dem Programm „Ferienbetreuung von Schulkindern" hat eine Ungerechtigkeit in der Mittelvergabe zur Folge:
Das Jugendamt soll entscheiden, welche Träger mehr und welche weniger Mittel im Rahmen der Landesförderung bekommen. Ob die Entscheidung nun durch die Verwaltung des Jugendamtes oder den Jugendhilfeausschuss getroffen wird, ist in der Konsequenz unerheblich. Nur bei einer Förderhöhe von 2,00 Euro kann von einer Fördergerechtigkeit gesprochen werden.

2. Die Abwicklung der ausgeweiteten Förderung im Programm „Ferienbetreuung von Schulkindern" bindet im Jugendamt enorme Zeitressourcen.
Die stadtweite Information, Werbung, Beratung, Entscheidung, Prüfung und Abrechnung von einzelnen Projekten in dem Förderprogramm bedeutet einen erheblichen Zeit- und Verwaltungsaufwand durch die Stadtjugendförderung. Diese Zeit kann insofern nicht für andere Aufgaben genutzt werden. Mit der Ausweitung der zur Verfügung gestellten Mittel nimmt die dafür notwendige Zeit nicht ab, sondern noch zu.

3. Das Stadtjugendamt Bad Kreuznach ist zum einen Träger von Maßnahmen der sozialen Bildung oder der Ferienbetreuung. Zudem muss die Stadtjugendförderung auch Beratungsgespräche mit Jugendverbänden und Freien Trägern der Jugendhilfe führen, ohne dass es bei Planungsgesprächen möglich ist, Aussagen über die konkrete Förderhöhe zu treffen. Je mehr Träger bereit sind, das Programm zu nutzen, desto geringer wird die Förderung pro Tag und TeilnehmerIn in den Maßnahmen. Im Extremfall kann dies bedeuten, dass viel Zeit investiert wird und viele Träger bereit sind, Mittel zu beantragen, aber die Fördersumme pro Tag und TeilnehmerIn am Ende sogar unter 2,00 Euro gesunken ist.

Auf dem Hintergrund dieser Problemanzeigen empfehlen wir Ihnen dringend zu überprüfen und zu überlegen, ob es nicht sinnvoll ist, auf ministerieller Ebene zu vereinbaren, die Förderung „Ferienbetreuung von Schulkindern" in die Förderung nach der VV JuFöG zu integrieren und dort die Beträge für Soziale Bildung zu erhöhen, zumal beide Förderungen die gleiche Zielgruppe erreichen wollen. Das hätte nicht nur eine Ressourceneinsparung auf kommunaler Seite, sondern auch auf Landesebene zur Konsequenz. Die Zeitressourcen können in die Qualität und Quantität investiert werden, z. B. in die Schulung von TeamerInnen und die Akquise neuer Träger von Maßnahmen.

Mit freundlichen Grüßen

(Dr. Heike Kaster-Meurer)
Oberbürgermeisterin und
Vorsitzende des Jugend-
hilfeausschusses

(Stephanie Otto)
stellv. Vorsitzende des
Jugendhilfeausschusses

An:
Ministerium für Familie, Frauen, Jugend, Integration und Verbraucherschutz
des Landes Rheinland-Pfalz
Kaiser-Friedrich-Straße 5a
55116 Mainz

Ministerium für Bildung des Landes Rheinland-Pfalz
Mittlere Bleiche 61
55116 Mainz

Zur Kenntnis:
Landesamt für Soziales, Jugend und Versorgung
Rheinallee 97-101
55118 Mainz

Landesjugendring Rheinland-Pfalz
Raimundistraße 2
55118 Mainz

Ministerium der Finanzen des Landes Rheinland-Pfalz
Kaiser-Friedrich-Straße 5
55116 Mainz

Landkreistag Rheinland-Pfalz
Deutschhausplatz 1
55116 Mainz

Städtetag Rheinland-Pfalz
Deutschhausplatz 1
55116 Mainz